

Breslauer Zeitung.



Wochentäglicher Abonnementstr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsheligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 21. Morgen-Ausgabe.

Zweihundertsigster Jahrgang. — Eduard Tremendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 14. Januar 1881.

Die Wahlen in Frankreich.

Die französische Republik ist mit dem neuen Jahre in eine Periode der großen Wahlbewegungen eingetreten, von deren Ausgangen viel von ihrer zukünftigen Entwicklung abhängen wird. Im October spätestens tritt die Kammer vom Schauspiel ab, die unter dem Eindruck des Staatsstreiches „im Schlafrock und Pantoffeln“ vor vier Jahren gewählt ward. Die Aufgabe dieser Volksvertretung war, den ewigen unablässigen Verschwörungen ein Ziel zu setzen, die unter dem Schirme des Präsidenten Mac Mahon und des Beichtvaters der Frau Herzogin, mit den Broglie, Buffet und Fourton an der Spitze gegen die Republik inszenirt wurden, um dieselbe mit Abschluß des Septennates „auf verfassungsmäßigem Wege“ aus der Welt zu schaffen. Nun, diese ihre Mission hat die Kammer gründlich erfüllt, indem sie dem Mac Mahonat selber ein jähes Ende bereitete. Nachher zeigte sich freilich, daß sie, weit weniger zum Regieren, als zum Kampfe geschickt, aber nicht besonders geeignet war, den stetigen und friedlichen Gang der republikanischen Maschine zu regeln und zu befestigen. Einmal das Ziel erreicht, auf das sie gewählt waren, war es mit der Einmütigkeit dieser wackeren Republikaner vorbei. Sie zerstören in Fraktionen ohne Ende, deren eine die andere an Radicalismus zu überbieten suchte; consumirten in drei Jahren vier ganze Ministerien — Dufaure, Waddington, Freycinet, Ferry; kamen aus den partizipellen Cabinetskrisen gar nicht heraus, wie sie ja eben erst gleich nach Begegnung der Session die sehr schwer beizulegende Demission mehrerer Minister provocirten, ohne sich nur eigentlich etwas Böses dabei zu denken, und was das Schlimmste ist, leisteten dadurch der durchaus unrepublikanischen Leidenschaft Gambetta's mächtigen Vorschub, hinter den Couetten den Dic平ator ohne Verantwortung zu spielen. Hoffentlich wird die neue Kammer dieser Zerschrentheit der Situation ein Ende machen. Ist sie doch die erste Volksvertretung, die einfach unter dem Sterne die Republik zu regieren gewählt wird, während die Kammer von 1871 die Republik erst gegen alle erdenklichen Feinde gründen, die von 1876 ihr über die ersten Kinderkrankheiten fortlossen, und die von 1877 sie gegen einen Handstreich der Septennats-Clique schützen mußte. Nicht weniger wichtig ist die Erneuerung von 75 wählbaren Senatoren, die um die nächste Jahreswende sich vollziehen müssen und das Werk der vorjährigen Ergänzungswahlen vollenden soll. Denn wie die Dinge heute noch liegen, kann die antirepublikanische Partei der Monarchisten, Bonapartisten und Römlinge im Senate immer auf die Majorität rechnen, sobald ihr namentlich in kirchlichen Fragen der Doctrinairismus der Gruppe Jules Simon und Dufaure zu Hilfe kommt. Wir haben das bei den Jesuiten-Paragraphen des Ferry'schen Unterrichtsgesetzes gesehen, und der Nis zwischen dieser Fraction und der Regierung wird wohl vollends unüberbrückbar sein, seitdem Simon bei der Einweihung des Denkmals für Thiers in Saint-Germain der Nation Gambetta förmlich denuncirt hat.

Für beide Wahlakte nun sind von höchster Bedeutung die eben im Zuge befindlichen Ernennungen von 480,000 Municipalräthen in den 37,000 Gemeinden Frankreichs. Ihr bis auf relative Kleinigkeiten schon heute feststehender Ausfall bildet ein charakteristisches Symptom für die Kammerwahlen und einen hochwichtigen Factor für die Senatorienwahlen, bei denen ja bekanntlich die Delegirten der Gemeinden eine ausschlaggebende Rolle spielen. So ist es denn ein nicht blos moralisch wohlthuender Erfolg, sondern es verspricht auch in seinen Folgen eine praktisch segenstreiche Wirkung, daß die Communalwahlen einen wahrhaft großartigen Triumph der gemäßigten Republikaner für die Gegenwart bilden und in noch höherem Grade für die Zukunft prophezien. Die alten legitimistischen und ultramontanen Parteien haben sogar in ihren angestammten, scheinbar unnehm-

baren Burgen, wie der Vendee und Dordogne, schwere Niederlagen erlitten. Seitdem die einzige Actionspartei unter ihnen, die der Imperialisten, durch den Tod des kaiserlichen Prinzen und durch die Spaltungen im bonapartistischen Heerlager lahmgelegt ist, sind die Conservativen für die Republik kaum mehr gefährlich. So braucht man denn wohl nicht viel Aufhebens davon zu machen, daß sie in Paris ihre fünf Sitze nicht nur behauptet, sondern noch drei dazu gewonnen haben, da sie in Gemeinden, wo sie viel gefährlicher sind, entwurzelt wurden. Nein, eine wirkliche Bedrohung für die Republik bildeten heute nur noch die Intransigenten und die amnestierten Communards: die aber sind, selbst in den beiden Großstädten Paris und Lyon, förmlich wie mit einem Schwamme fortgewischt von der Tafel des öffentlichen Lebens, so daß kaum die Beschriftung statthaft ist, sie würden nach dieser geradezu vernichtenden Schlappe noch wagen können, Mandate für das Parlament mit Erfolg zu ambitioniren. Im ganzen Lande — es klingt nahezu unglaublich — sollen nur vier revolutionäre Socialisten Gemeinderäthe geworden sein, ja, in Paris sind nicht weniger als neun Communard-Candidaten mit einer lächerlich geringen Stimmenanzahl durchgekommen. Der einzige Trinquet, der ganz frisch mit dem letzten Transvorte der Amnestierten aus Neu-Caledonien in Brest angelangt und von dort, ohne an dem Empfangsmahle teilzunehmen, sofort nach der Hauptstadt gekommen war, um noch den Wahlen beiwohnen, kommt Sonntag zur Stichwahl. Selbst in den Fabrikdistrikten, wo die Reaction sich auf die Arbeiter zu stützen sucht, um bei der vollständigen Hoffnungslosigkeit der eigenen Aspekte wenigstens radikale Feinde des bestehenden Regiments durchzubringen, selbst da hat dies Manöver nicht versangen. Kurz, das Refusum der Action ist: arge Schlappe der Intransigenten und Communards, die sich bezüglich der letzteren schon bis zur Vernichtung steigerte, und riesengroßer Sieg der Opportunisten, der Gambetta nahezu mit Sicherheit in den Sattel hebt, sobald es nur für zeitgemäß erachtet, den Fuß in den Steigbügel zu setzen. Für die Republikaner wäre natürlich zu wünschen, daß Grévy's Präsidentschaft ihren Turnus voll auslebt und endlich einmal wieder seit mehr als 50 Jahren eine Regierung ihr natürliches Ende nähme. Jedemfalls aber kann bei Bürgern und Bauern, bei der ganzen großen, breiten Masse des Volkes gar nichts die Republik populärer machen, als diese ungeheure Niederlage der Communards nach und trotz der Amnestie.

Verdient war die Niederlage reichlich vom rein menschlichen Gesichtspunkte aus, wie sie vom politischen hoch erfreulich ist. Leute, die nach Vererbung solcher Verbrechen und nach einer bis zur Unvorstelligkeit hochherzigen Amnestierung, die sie in ihre vollen Rechte als freie Bürger wieder einsetzt, nichts eiligeres zu thun haben, als Dienstigen, die sie dem selbstverschuldeten Elend entrissen, mit jedem denkbaren Schimpf der „Oppositionisten und Bourgeois“ zu belegen... Menschen, die, wie Louise Michel und Trinquet, den heiligen Boden des Vaterlandes nach fast zehnjähriger Deportation nur wieder betreten, um zu versichern, daß sie der „vermaledeiten Gesellschaft“ mit „Minen und Petroleum“ zu Leibe gehen wollen, daß sie sich gleich bei ihrer Heimkehr überzeugt, es müsse Alles wieder von vorne angefangen werden, solche Gesellen dürfen sich nicht wundern, wenn sie als Feinde der Civilisation im allgemeinen und der Republik insbesondere einschließlich dem Richter Lynch verfallen. Mit ihnen steht die Menschheit eben auf demselben Fuße, wie es in vielen Südstaaten der Union gesetzlich erlaubt ist, einen Feind, der nachweislich lebensgefährliche Drohungen ausgestossen, bei der geringsten verdächtigen Annäherung oder Bewegung auf offener Straße niederschleichen. Was die Kriegsgerichte am Tage nach Abschluß des deutschen und des Bürgerkrieges etwa versehen haben mögen, das ist jetzt reichlich

gesühnt und die Republik hat ein reines Gewissen, hat die Hände frei, sich wenn's Noth thut, dieser Wüthenden in weit summarischer Weise zu entledigen, als das bei den Anhängern der alten Parteien der Fall war, mit denen sie früher zu thun hatte. Man kann gegen eine bestimmte Staatsform complottiren und conspierten, ohne deshalb jener Sympathien verlustig zu gehen, welche die Welt jedem politischen Verbrecher zollt. Die heutigen Gegner der Republik aber haben sich selbst aufzuhören des Gesetzes gestellt, indem sie sich als das proclamiren, was Tacitus odium generis humani nennt — als „Abscheu des Menschengeschlechts!“ Daß es einmal so kommen müsse, ja daß der Zeitpunkt, wo die Wendung eintreten müsse, nicht allzufern mehr sein könne, das allerdings lag auch vor den Wahlen vom 9. Januar auf der Hand. Mit der „Candidatur der Todten“ mußte so ziemlich der Klimax des Blödsinns erreicht sein, wo keiner mehr dem andern „über“ sein konnte und es deshalb auf der entgegengesetzten Seite der schiefen Ebene noch rascher bergab ging. Aber das „Wann“ war hier der entscheidende Moment. Bleib die Tollheit noch in aufsteigender Bewegung für die großen Wahlen des neuen Jahres, so konnten die Reactionären mit Zuversicht von der unselbstbaren Einschüchterung der Bevölkerung gegen die Republik selber zu profitieren hoffen. Darin liegt die Bedeutung, daß der Umschwung gerade jetzt erfolgte und sich schon bei den Gemeinderathswahlen in so niederschmetternder Weise dokumentirte. Und das doch auch gewissermaßen unerwartet und unverhofft. Mit wie stolzen Phantasien hatten die Rothen sich bei Blanqui's Leichenbegängnisse gezaubert und wie feindselig ist heute, wenige Wochen später, in ihrem Lager Ledermanns Hand gegen Ledermann erhoben! Die bloßen Intransigenten sind von den Bollblut-Communards in den Bann gethan, Louise Michel bricht den Stab über Rochefort und Clemenceau wird als Verfechter bei dem Bankett zu Ehren Trinquets nicht mehr zugelassen. Aber auch Jules Vallès ist den wahren Petroleux schon zu sehr „Bourgeois“ und die Bürgerin Cadolles, obwohl Louise Michel's Freundin, nicht mehr echtfarbig genug. Damit wäre man denn glücklich bei Marat angelangt!

Breslau, 13. Januar.

Auch die laufende Session des Landtages wird eine große Anzahl von Vorlagen nicht zur Erledigung bringen können. Es eröffnet sich die nicht sehr angenehme Perspektive einer Nachsession, auf die bereits mehrfach hingedeutet wird. Die conservative Geschäftsführung im Abgeordnetenhaus trägt auch nichts weniger als dazu bei, den Fortgang der Arbeiten zu beschleunigen. Die Chancen des Verwendungsgesetzes liegen nicht sehr günstig. Ein Anzeichen hierfür sind die Verhandlungen der Commission für Verwaltungsgesetze, welche am Dienstag Abend ihre erste Sitzung nach den Ferien hielt, in welcher sie die erste Berathung der Kreis-Ordnungsnovelle fortsetzte. Die Verhandlungen boten nur insofern ein größeres Interesse, als seitens des Abg. Dirichlet der Antrag gestellt war, mit Rücksicht auf das Verwendungsgesetz zunächst die Berathung der §§ 9, 10, 11 und 12 auszusezen. Diese Paragraphen handeln von der Ausbringung der Kreissteuern. Es liegt auf der Hand, daß nicht nur diese Bestimmungen, welche zunächst zur Berathung standen, sondern auch alle Bestimmungen über die Zusammenfassung und Beschlußfassung der Kreistage durch das Verwendungsgesetz auf das Einschneidendste affiziert werden würden. Der Antrag Dirichlet, welcher zwar mit allen Stimmen gegen die des Fortschritts und der Secessionisten abgelehnt wurde, hatte aber das höchst bemerkenswerthe Resultat, daß die Redner aller Parteien gezwungen waren, anzuerkennen, daß auch diese Kreisordnungsnovelle wieder nur einen ganz provisorischen Charakter habe, und daß wir also in Folge der sogenannten Steuerreform in kürzester Frist wieder eine Novelle zu dieser Novelle zu erwarten haben.

Dritte Kammermusik-Soirée

der Herren Otto Lüttner und Robert Ludwig.

Die am Mittwoch stattgehabte Ludwig-Lüttner'sche Soirée zeichnete sich durch ein eben so reichhaltiges als interessantes Programm aus. Als Eröffnungssnummer hörten wir ein Clavierquartett von St. Saëns. Das Werk legt nicht grad vollgiltiges Zeugnis von Freiheit und Idealität der Kunstschaubau ab, — dem stünde besonders der antiklirende zweite Satz entgegen, welcher mit seinem psalmartigen cantus firmus und wuchernden Figurenwerk sich wie ein Fremdling zwischen den frisch anmutenden übrigen Themen ausnimmt, — es ist auch nicht grade von hervorragender Erfindung, aber immerhin das lebensvolle Gebilde einer tropf leichten Erregbarkeit, selbst Nervosität, wahr empfinden, vornehmlich Künstlernatur. Uns Deutsche wird der erste Satz am meisten ansprechen; er ist wie von Schubert-Schumann'scher Romantik durchweht, frühlingssäthmend und voller Lust am Leben. Das Scherzo, rythmisch sehr originell, ist von prickelnder, fast unbändiger Ungeduld; wie einholt- und besinnunggebietend unterdrückt die stürmische Bewegung zweimal ein ausdrucksvolles Recitativ, zuerst in der Violine, dann im Clavier. Der vierte und letzte Satz, übrigens, nicht zu seinem Vortheil, am homophonsten gehalten, erinnert in seinem Hauptthema an Mendelssohn und ist von erhöhter Leidenschaftlichkeit. Gegen das Ende zu recapitulirt er in sinngewisser Weise Motive der ersten beiden Sätze und schließt mit einer Art Stretta, ungemein feurig und effectvoll. Das Werk läßt in allen Theilen den höchst gewandten Contrapunktist und die classische Form spielend handhabenden Musiker erkennen, erichöft aber hinsichtlich der Structur bei weitem nicht die Combinationen, zu weichen die Zusammensetzung und der Charakter der Instrumente Gelegenheit bieten. Es wurde von den Herren Bodmann (Clavier), Lüttner (Violine), Arlt (Viola), Heyer (Cello) vorzüglich wiedergegeben.

Herr Ludwig spielte Variationen über ein Originalthema für Claviersolo von Herrmann Scholz. Der Hang vieler moderner Componisten, ihre Talente in Variationenwerken zu befinden, mahnt uns oft an die Redseligkeit sprachgewandter Dialectiker, welche durch geflügelte Umschreibungen eine alltägliche Wahrheit interessant, oder ein läpp lanciertes, innerlich halilos Diction courtoisfähig zu machen sich abmühen. Zu dieser Kategorie gehört allerdings Herrmann Scholz nicht; es ist ihm wirklich um tressenden Ausdruck von etwas innerlich Empfundene zu thun. Nur liegt bei ihm der Schwerpunkt des Interesses ebenfalls weniger in dem der „Dramo“ vorangestellten „Thema“, als in den accidentellen Schönheiten jener selbst. Scholz's hauptsächlich von Anmut charakterisierte Talent spricht uns

in dem Originalthema (welches gleichwohl stark an den Chor aus „Dessonda“: „Laßt uns Brahmas, Brahmas loben“ erinnert) angenehm, aber nicht bedeutungsvoll genug an; das, was er in den Variationen zu sagen hat, ist hingegen oft wirklich bedeutend, jedenfalls immer fesselnd. Man sieht den wertvollen Inhalt lieber in einem größeren, einheitlicher sich gebenden Werke verwertet. Uebrigens könnte das Ganze durch Ausscheidung einiger Metamorphosen, welche bereits dagewesene Stimmen repetieren, nur gewinnen. Die technische Arbeit in diesem Stück ist echt claviermäßig und macht es zu einer dankbaren, auch durch Wohlklang gewinnenden Vortragspiece. Herr Ludwig spielte es sehr sauber und klar, den Intentionen des Componisten feinsinnig folgend.

Der Sänger des Abends war Herr Albert Seidelmann. Endlich hörten wir den Künstler wieder einmal öffentlich; mehr als Verehrer wahren Kunst zugeben wollen, hält ihn sein bürgerlicher Beruf diesen Winter den Concertsälen fern. Er sang mit der ihm eigenen Versalität im Erfassen heterogenster musikalischer Charaktere zuerst Lieder von Conrad Schmidler, unserm Landsmann, auf Text von Oswald Schmidt für Tenor componirt; Emanation eines eigenartigen, aber noch nicht gefärbten, bedeutenden musikalischen Talents, in ihrem unverkennbaren Anlehn an Wagner'sche, zu höchster Anspannung gesteigerte Empfindung, fast Studien zu Tristan zu nennen; — ferner drei Balladen von Löwe, Illustrationen jener bekannten Freiligrath'schen Gedichte vom Mohrenfürsten; letztere herrliche, genial erfundene Compositionen voll packender Energie und auch süßer Schwärmerei des Ausdrucks so unnachahmlich schön, daß das Flügelwehen des Genius der Musik den Hörer erschauern mache. Verständlich und sicher führte Herr Ludwig die schwierige Clavierbegleitung aus.

Das den Beschluß machende Haydn'sche Streichquartett Op. 17 Nr. 5 wirkte hierauf etwas ernüchternd, trotz der trefflichen Wiedergabe; erst das Adagio, die Perle des Werks, stellte das Gleichgewicht in der Stimmung wieder her; Herr Lüttner spielte den schönen recitativischen Monolog der ersten Violine mit ergreifendem Ausdruck virtuos und echt künstlerisch.

Carl Polko.

Römische Briefe.

Rom, 9. Januar.

Heute, am Todesstage Victor Emanuel's, begannen, wie gewöhnlich, schon in der frühe die Wanderungen seiner Getreuen zu seiner letzten Ruhestätte im Pantheon. Hinter einem Pfeiler rechts vom Hochaltar befindet sich das Grab des ersten Königs von Italien,

so versteckt, daß man es schwer finden würde, wenn es nicht durch die Wache davor und die an der Säule aufgehängten Kränze bezeichnet würde. Die Krone und die bescheidene Inschrift darunter fallen nicht in die Augen. Über das Volk kennt die Stätte, wo sein König ruht! Eine Deputation nach der andern kam mit ihren Blumenpenden, mit Kränzen so groß und prachtvoll, wie man sie wohl nirgend anders sieht als hier im Lande der Sonne. Einige der Kränze hatten zwei Meter im Durchmesser und waren aus den herrlichsten Blumen gebildet, vorherrschend weiße Camelien, umgeben von Pensee's, Berggrämen, Nasturtium, Reseda, Veilchen und kleinen weißen Narzissen, die sich von dem zarten Grün des reichenden Farnkrautes Jungfernhaar abhoben. An den Kränzen fehlten nicht die breiten Prachtbänder, deren goldgefasste Inschrift eine Widmung enthält und die Geber bezeichnen: „von den Offizianten des königl. Hauses“, „von der Universität Rom“, „von dem oder dem Regiment ic.“ Viele Kränze waren von fern her gekommen. Vor dem Gitter des Hochaltars lag ein großes Buch aus, in welches sämliche Deputationen, aber auch aus dem Publikum alle, die es wünschten, ihre Namen einzeichneten. Allerdings ist das römische Volk schaustufig, im Grunde aber war heute nicht gar zu viel im Pantheon zu sehen — einige brennende Candelaber und die Kränze. So war es doch mehr als Neugierde, es war Unabhängigkeit an das Gedächtnis des Verstorbenen, welches diese Scharen in den Tempel trieb. Wir gingen noch um 3 Uhr Nachmittags vorüber, noch immer standen die Wachen im Porticus, noch immer flutete das Volk durch die Hauptpforte hinein, machte die Runde durch die Kirche und verließ den Vorhof durch ein Seitengitter, nur so war Ordnung aufrecht zu erhalten. Die eigentliche Trauerfeier findet erst am 15. mit einem großen Requiem statt, zu dem bereits die Vorbereitungen getroffen werden.

Wir gingen heut in die Scuola superiore femminile, wo die öffentlichen Vorlesungen von Terenzio Mamiani durch eine Gedächtnisrede auf Victor Emanuel eröffnet wurden. Dieses Institut, ungefähr einem Lyceum entsprechend, hat auf Veranlassung der Königin oder vielmehr schon der Prinzessin Margherita populär-wissenschaftliche Vorträge für Damen eingerichtet, die vom Januar bis in den Mai Sonntags und Donnerstags Nachmittags stattfinden. Der erste Vortrag pflegt immer das Gedächtnis des Königs zu feiern; auch heute waren dazu verschiedene Ehrengäste erschienen, der blinde Herzog Sermoneta-Gaetano, welcher der Förderung geistiger Bildung lebhaftes Interesse zuwendet, einige Mitglieder des Ministeriums mit ihren Damen und einige Professoren der Universität. Professor Ferri führte den ehrwürdigen Redner, der wohl vor vielen Andren berufen war,

Er hatte das ferner interessante Resultat, daß die Redner aller Parteien durchblättern ließen, daß sie das Zustandekommen des Verwendungsgesetzes als mindestens in so weite Entfernung gerückt betrachteten, daß man vorläufig keine Rücksicht auf dasselbe zu nehmen brauche.

Zur griechisch-türkischen Streitfrage lauten die Nachrichten heute wieder ziemlich allarmirend. Gleichsam als letzter Versuch für einen friedlichen Ausweg ist der Collectivschritt zu betrachten, welchen die Mächte auf Anregung Frankreichs in Athen zu machen beabsichtigen. Die Stimmung in Athen ist sehr kriegerisch; auch in Konstantinopel scheint die Veränderung im Cabinet, insbesondere die Ernennung Osman Pascha's zum Kriegs-Minister, darauf hinzudeuten, daß die Kriegspartei die Ueberhand gewonnen hat.

Der Wiener „Pr.“ liegen zwei Nachrichten vor, welche ihrer Ansicht nach als Anzeichen für eine Annäherung Russlands an das deutsch-österreichische Bündnis zu betrachten sind. In Petersburg soll beabsichtigt sein, den Thronfolger Großfürsten Alexander als Abgesandten des Czaren zur Hochzeitfeier des Kronprinzen Rudolph zu delegiren; weiter soll Österreich-Ungarn seine bons officia beim Abschluß des Concordats zwischen Russland und der Curie geltend gemacht haben.

Demselben Blatte geht aus Belgrad eine sensationelle Nachricht zu, für die eine anderweitige Bestätigung nicht vorliegt. Ali Beg, welcher bei der Organisation des gegen Montenegro gerichteten albanischen Widerstandes bei Plava und Gusinje in erster Linie stand, soll sich mit 600 Mann nach Skoplje (Ueskü) begeben und zum Fürsten von Albanien proklamirt haben.

Wie englische Blätter berichten, besteht die Armee der Boers aus drei Divisionen, die, wie folgt, vertheilt sind: Ein Beobachtungscorps an der Grenze des Districts der Eingeborenen aufgestellt. Das zweite Corps steht am Flusse Waterfall mit dem Hauptquartier in Heidelberg. Die dritte Division befindet sich in Pocheftroom. Bei diesem Anlass sei folgendes bemerkt: Die weitverbreitete Bezeichnung der afrikanischen Bauern durch das Wort „Boers“ beruht auf einem Irrthum. Der Holländer hat für unseren deutschen Laut *U* keine andere Bezeichnung als *oe*; ein Bauer heißt *boer* (*Buhr*); die Mehrzahl heißt richtig *boeren* (*Buhren*), und so nennen sich die afrikanischen Bauern selbst. Die Pluralbildung *boers* ist einfach Jargon, und wird von den Betreffenden, die in dieser Wortbildung etwas Ungehöriges sehen, sehr ungern gehört. Man sollte von *boeren* sprechen und das Wort *Buhren* aussprechen. Lieber seien die *Buhren* sich aber mit dem Wort *Afrikaander* bezeichnet, weil sie keine Holländer sein wollen.

Deutschland.

= Berlin, 12. Januar. [Die Stellung des Finanzministers. — Die Verhandlungen über den Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn.] Die Notiz der Kreuzzeitung, daß augenhörlich die Stellung des Finanzministers Bitter nicht gefährdet sei, hat in parlamentarischen Kreisen um so mehr Aufsehen gemacht, als die gegenthilige Behauptung gerade in letzter Zeit von keiner Seite aufgestellt worden war. — Die Verhandlungen über den Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn durch den Staat in der Eisenbahn-Commission des Abgeordnetenhauses dürften nicht so glatt verlaufen als man ursprünglich angenommen hat. Es heißt, von nationalliberaler Seite werde ein Gegenentwurf vorbereitet, welcher einen Ankauf der Bahn zu billigeren Preisen bezieht und jedenfalls zu umfangreichen Erörterungen führen wird. Die Regierung besteht indessen auf unveränderter Annahme der Vorlage.

○ Berlin, 12. Jan. [Die Amendingung der Wehrsteuer-Vorlage in den Bundes-Ausschüssen. — Landes-Dekonomie-Collegium. — Pauschalirung.] Gegenüber den von gewisser Seite verbreiteten Nachrichten, daß der Gesetzentwurf, betreffend die „Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen“ nicht zur Vorlage gelangen würde, muß bemerkt werden, daß die Ausschüsse für das Landheer und die Festungen, für Zoll- und Steuerwesen und für Nachschubwesen den Entwurf bearathen haben, und derselbe dem Bundesrathere bereits vorliegt. Nach dem Antrag der Ausschüsse, welche verschiedene redactionelle, sonst unwesentliche Änderungen veranlaßt haben, ist im § 4 in Betreff des Erlöschen der Steuerpflicht durch den Tod hinzugefügt: „auch durch Verlust der Reichsangehörigkeit“, im § 5 ist Absatz 4, „Wehrpflichtige, welche regelmäßige Unterstützung von der öffentlichen Armenpflege empfangen“, gestrichen; im § 8 fällt Absatz 2: „Personen, deren Jahreseinkommen den Betrag von 1000 Mark nicht übersteigt, sind lediglich der im § 7 bestimmten Steuer unterworfen“ fort; im § 9 ist in Be-

treff der Veranlagung „jährliche Veranlagung“ hinzugefügt; § 13 (Reclamationen und Recurs) hat folgenden Zusatz erhalten: „dem in diesem Paragraphen für zulässig erklärt Beschwerden kommt aufschiedende Wirkung nicht zu. § 17 (Schlußbestimmungen) enthält folgenden Zusatz: „welche dieser Behörden und Beamten in dem Gesetz als zuständig bezeichnet sind, bestimmen, sofern das Gesetz nicht anders verfügt, die Landesregierungen. Den letzten liegt auch die Kontrolle über die betreffenden Behörden und Beamten ob.“ § 18 (Zwiderhandlungen) enthält den Zusatz: „die Strafversetzung verjährt in 5 Jahren, von der Begehung ab gerechnet.“ § 19 fällt ganz fort. § 20 fällt an Stelle des Datums 1. October 1880, mit welchem das Gesetz in Kraft treten sollte, den 1. October 1881 fest. — Morgen Vormittag um 11 Uhr wird die erste Session der zweiten Sitzungsperiode des Landes-Dekonomie-Collegiums, dessen Wahlperiode von 1881 bis 1883 läuft, ihren Anfang nehmen. Als Mitglieder des Collegiums werden 16 von den landwirtschaftlichen Centralvereinen Gewählte, die zugleich Mitglieder des deutschen Landwirtschaftsraths sind, 7 Mitglieder, welche vom Minister für Landwirtschaft ernannt sind, thätig sein. Als Kommissarien für die Verhandlungen hat der Minister nach § 6 des Regulativs vom 1. Mai 1878 ernannt zu allen Gegenständen der Tagesordnung den Secretär des Collegiums, Geh. Regierungsrath Dr. Thiel, zu einzelnen Nummern der Tagesordnung den Regierung-Professor Dr. Burscher und den Oberlandstallmeister General-Major Lüderitz; außerdem ist zur Theilnahme an den Berathungen des Collegiums zu einem Gegenstande der Tagesordnung der Hauptlehrer Lehren aus Hannover vom Minister eingeladen worden. — Durch die königliche Verordnung vom 29. v. M. ist die Nothwendigkeit eines Visa für alle Angehörigen derjenigen Staaten aufrecht erhalten, welche ihrerseits ein solches fordern. Der Minister des Innern hat demzufolge sämtliche Polizeibehörden der Provinzen dahin instruiert, daß sie ein Visa fortan nur noch von den russischen und von den türkischen Staatsangehörigen zu fordern haben.

* Berlin, 13. Januar. [Berliner Neuigkeiten.] Die Kaiserin hat die Neujahrswünsche des „Central-Comites der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz“ mit nachstehendem Handschreiben beantwortet:

„Indem ich dem Central-Comite der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz für seine Glückwünsche zum Jahreswechsel Meinen aufrichtigen Dank sage, freut es Mich, erwähnen zu können, daß Mein zum Beginn des verflossenen Jahres ausgedrückter Wunsch sich verwirklicht und dasselbe durch den in Frankfurt a. M. stattgehabten Vereinstag dem Rothen Kreuz weitere Förderung und Entwicklung gebracht hat. Wie das Jahr 1880 somit in den Annalen der Vereinsfähigkeit eine Stufe auf dem Wege zu der immer anzustrebenden Verbesserung unserer vorbereitenden Thätigkeit bezeichnet wird, so möge auch das neu begonnene, Dank Ihrer unermüdlichen Hingabe, weitere Fortschritte anbahnen und auch für die Mitglieder des Central-Comites ein geeignetes sein!“

Berlin, den 4. Januar 1881. August.“

Für das Gedächtniß der Vermählung des Prinzen Wilhelm wird die Herstellung einer Medaille beabsichtigt. In den offiziellen Acten ist die hohe Braut als Prinzessin von Schleswig-Holstein bezeichnet und scheint diese Bezeichnung auch allein als die maßgebende angesehen zu werden, mit Auschlus der Namen Sonderburg-Augustenburg, die allerdings nur eine Unterscheidung der verschiedenen Linien des Holsteinschen Hauses bedeuten. — Obwohl die Stadt Kassel sich bekanntlich auch an dem Hochzeitsgeschenk beteiligt, welches eine Reihe gründerer Städte der Monarchie dem Prinzen Wilhelm gemeinsam darbringt, so ist man in den Kreisen der Kasseler Bürgerschaft doch auch dem Gedanken näher getreten, dem Prinzen Wilhelm, welcher bekanntlich während mehrerer Semester das dortige Gymnasium (Lyceum Fridericianum) besuchte, noch ein besonderes Geschenk gleichsam als ein Zeichen der besonderen Anerkennung und Verehrung der Bürgerschaft Kassels, derjenigen Stadt, in welcher der Prinz einen Theil seiner Jugendbildung genossen hat, zu widmen. Die Kosten zu demselben werden durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Wie man uns schreibt, wird dieses Geschenk in einem künstlerisch gefertigten, prachtvollen silbernen Schreibzeug bestehen, zu dem der Director der Kasseler gewerblichen Zeichenschule, Herr Stiller, den Entwurf macht. Das Schreibzeug werden voraussichtlich in plastischer Nachbildung ein miniature einige der hervorragendsten monumentalen Gegenstände von Kassel und Wilhelms-höhe schmücken. — Aus Wiesbaden wird uns ferner telegraphisch gemeldet, daß der dortige Verwaltungs-Ausschuß beschlossen habe, zur Vermählung des Prinzen Wilhelm mit Prinzessin Victoria als Zeichen inniger Theilnahme der Bevölkerung des dortigen Communalverbandes eine Hochzeitsgabe darzubringen, und zwar bestehend in einer Collection feinerer Weine Nassauer Wachstums.

von dem zu sprechen, der Italiens Einheit vollendet, ein Werk, an dem Mamiani selbst mit Begeisterung mitgearbeitet, dem er den Enthusiasmus seiner Jugend und die besten Kräfte seines Lebens gewidmet hat. Man muß all seiner Verdienste, seiner ganzen früheren Laufbahn eingedenk sein, um den Mann recht zu würdigen, der mit den Jahren wohl etwas barock geworden ist und auf dem die Last eines langen Lebens ruht. Ich glaube, er ist über 80 Jahre alt, von mittlerer Größe, sein gebaut, mit kleinem Kopfe, dessen eisgraues Haar glatt gescheitelt ist und nur an den Schläfen in tierliche Löckchen gebreit ist, der Schnurrbart und ein kleines Spitzbärtchen auf der Unterlippe sind ebenfalls ganz weiß. Der Ausdruck des Gesichtes ist der des freumüchtigsten Wohlwollens, und das verklärt die von unzähligen Runzeln entstellten Züge. Mamiani's Stimme, oft schwach bis zur Unverständlichkeit, war heute etwas deutlicher und kräftiger als sonst, so daß man seinem Vortrag ohne über große Anstrengung folgen konnte. In begeisteter Rede schilderte er die Schicksale Italiens, betonte seine große Vergangenheit, die es lange Zeit an die Spitze aller Culturvölker gestellt und den fremden Eroberern, welche es im Mittelalter knechten, weit überlegen gemacht habe. Dann kam er auf die Gütebestrebungen seines Vaterlandes, nannte die Vorkämpfer auf dem Gebiete politischer und sozialer Freiheit, Daniel Manin, Nicolsoli, Garibaldi u. A., sagte aber, wie selbst alle diese nicht im Stande gewesen sein würden, die Einheit Italiens zu erreichen, ohne den Einen, welchem die Sympathien des ganzen Volkes gehörten und der alle verschiedenen Elemente zu vereinen gewußt habe. In großen, treffenden Zügen stellte er den Kontrast zwischen der geistlichen und weltlichen Macht dar, schamlos sprach er über die Übergänge der Kirche auf das Gebiet des Staates, über den Nutzen eines theologischen Regiments, diesen Missbrauch der geistlichen Macht, wie ihn Dante im ersten Gesange der Hölle (Vers 49 ff.) unter dem Bilde der unersättlichen Wölfin geschildert hat. Wieder citierte er dann Virgil's propheze Worte (Vers 100—110), die den Commentatoren so viel zu schaffen gemacht haben, von dem Retter, der Italien von dem Raubthier befreien würde, il Vettore — oft auf Can Grande della Scala gedeutet —, und mit prophetischem Schwung wandte er die Schilderung dieses ersehnten Retters auf Victor Emanuel an — allerdings eine sehr gewagte Uebersetzung, doch die Begeisterung des Redners hatte gerade in diesem Passus etwas wahrlich Hinreißendes. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, daß dankbare Italien möge seinem Retter ein würdiges Denkmal errichten, einen Tempel, den er nun sofort in seiner Phantasie erstehen ließ, mit prächtigen Worten aufbaute und bis aufs kleinste Detail ausschmückte,

die Decke mit den schönsten Fresken, des Königs Thaten verherrlichend, den Fußboden mit den kostlichsten Mosaiken und in Mitte der herrlichen ragenden Säulen, die den stolzen Bau tragen sollten, die Reiterstatue des Königs. In diesem letzten Theil war er ganz und gar Mamiani oder Mamiani plus que jamais — nicht mehr mit der Wirklichkeit rechnend, sondern fortgerissen von dem fühligen Fluge seiner Phantasie. Seine Rede war oft von Beifall unterbrochen worden und stürmischer Applaus krönte das Ende, als er — nach dem Tempelbau — sehr geschickt auf das junge Königspaar kam und der Verdienste des Königs, des würdigen Sohnes seines großen Vaters, und der liebevollen Königin gedachte (die Erwähnung der Königin zündet immer), der wir diese Versammlungen verdankten, von welchen sich so viel für die geistige Hebung und Fortbildung der italienischen Frauen erwarten ließe, eines so wichtigen Factors für die Regeneration des Landes. Th. H.

Der Striegauer Dichter Johann Christian Günther.

„Wer war denn eigentlich Günther und welche Bedeutung hat er denn in der deutschen Literatur? — so werden vielleicht noch viele unserer geehrten Bürger und Literaturfreunde sich fragen, denen kein Conversations-Lexikon oder keine umfassendere Literaturgeschichte zu Gebote steht. Und auch dort würde man nur ein sehr oberflächliches Lebensbild unseres Dichters entworen finden, welches fast regelmäßig, trotz aller Anerkennung seines dichterischen Talentes, in dem verdammt Urtheil ausfällt, daß er sich durch Leichtsinn und wüstes Treiben ins Unglück und Verderben stürzte. Und doch hat es ihm an Biographien nicht gefehlt, welche aber alle auf Dr. Steinbach's „Leben und Schriften Günther's“ 1738 basieren, welche bei aller dankenswerthen Bemühung um seinen Dichter eine Menge Irrthümer über ihn aufgesogen, genährt und verbreitet hat, die sich in den darauffolgenden bewegten Zeiten der drei schlesischen Kriege un widerlegt als solche in die Literatur übertragen. Wir können nach einer vergleichenden Uebersicht aller bisherigen Biographien Günther's gestrost behaupten, daß zwar Vieles geschehen, was eine Berichtigung und bessere Würdigung Günther's angebahnt hat, daß aber erst mit Marx Kalbeck's: „Neue Beiträge zur Biographie des Dichters Günther“ 1879, veranlaßt durch in der Breslauer Stadt-Bibliothek aufgefundenen handschriftlichen Inedita (d. h. bis jetzt noch nicht veröffentlichte Taschenbücher und Briefe) Günther's über einige un aufgehellte Lebensbeziehungen desselben, diejenige kritische Bahn beschritten worden ist, welche der Verfasser des Buches: „Neue Ent-

deckungen zur Biographie des Dichters Johann Christian Günther aus Striegau i. Schl. (1695—1723)“, ein Sproß der Heimat des Dichters, Herr Dr. Gr. C. Wittig zu Leipzig, zum ersten Mal nach allen denkbaren Richtungen hin verfolgt hat und in vorliegendem Werke, das in der Verlagsbuchhandlung von August Hoffmann in Striegau in 10 Lieferungen mit einem Portrait des Dichters, einem Situationsplane seines Vaterhauses und einer Lithographie von Striegau zur Güntherzeit erscheint, mit allen ihren wichtigen und das Lebensbild Günther's wesentlich anders gestaltenden Schlussfolgerungen als kundiger Führer auch Anderen zugänglich zu machen beßtissen gewesen ist.

Der Verfasser weist nach der hier folgenden eingehenden Besprechung in den „St. B.“ in vierzehn der an Forschungs-Ergebnissen reichhaltigsten Capitel unumstößlich nach, daß Günther's Leben und Dichten nicht allein von seiner Zeit, sondern auch von den nachfolgenden Literatur-Epochen vielfach verkannt worden; daß weder seine eigene Geburts- und Vaterstadt Striegau, an deren „altem Mutterherzen“ er von 1695 bis 1710 „durch vierzehn Jahr den Liebes-Schlag empfunden“, ihr Kind bis jetzt verstanden; noch daß Schweidnitz, welches ihn als Schüler seiner 1708 errichteten lateinischen Schule von Anfang 1710 bis Ende September 1715 in seinen höhere Bildung fördernden Schutz nahm, dem Ableserflug seiner jungen Dichtertüchtige neidlos zu folgen vermochte.

Verfasser führt uns an die Stätten der Kindheit, in das Elternhaus des Dichters, in dessen Nachbarschaft und Garten er seine eigenen Knabenjahre von 1844 bis 1850 verlebte, läßt uns zum ersten Male einen vollen und richtigen Einblick in die verschwundenen Verhältnisse seines jungen Lebens thun, das zu früh für ihn seine rechte Mutter verlor, indem eine böse und neidische Stiefmutter ihm allmälig das Vaterherz für immer entfremdet; er geleitet ihn auf die Universitäten Bittenberg und Leipzig 1715—1719, um die denkwürdigsten Erlebnisse derselben, besonders seine Liebe zu einer zweiten Leonore in Leipzig aufzuheben; folgt ihm nach Dresden an den Hof des Kurfürsten von Sachsen und Königs von Polen Friedrich August des Starken und beleuchtet zum ersten Mal die wahren Gründe seines dortigen Flakos, das ihm den Verlust der viel umworbenen Hofpoetenstelle zog; er begleitet ihn Anfang September 1719 auf seiner ersten Heimkehr nach vierzehnjähriger Abwesenheit in die geliebte Heimat, der Günther jauchzend entgegenjubelt: —

„Du aber, segnes Gefüde,
Sei hunderttausendmal gegrüßt!
Nun seh ich, wie gerecht und milde
Des Himmels weise Führung ist.“

eigentliche denkende kritische Welt mit diesem Treiben nichts zu thun hat!" Den Schluß des Referats bildete die Vorlage der von Prof. Birchow und Eugen Richter proponirten Resolution, deren Wortlaut bereits in der im Mittagblatt gebrachten Berliner Privat-Depesche mitgetheilt worden ist. Gegen die Resolution meldete sich Niemand zum Wort. Von der national-liberalen Partei gehörte Prof. Weber die Judenheze als eine die Ehre der Nation bedeckende Erscheinung, als einen schweren Irrthum. Nach ihm hielt Eugen Richter eine von stürmischen Beifall begleitete Ansprache. Die Resolution gelangte mit erdrückender Majorität zur Annahme.

[Parlamentarisches.] Die Verwaltungs-Commission schloß gestern die Beratung der Novelle zur Kreisordnung fort. Zu § 6 der Kreisordnung, welcher über die Angehörigkeit des Kreises bestimmt, wurde als Alinea 2 ein Zusatz beantragt, wonach das nochmendige Domicil der Beamten bei den Kreiscommunalabgaben nicht berücksichtigt werden soll. Mit Rücksicht darauf, daß der Antrag nur eine geringe praktische Bedeutung haben könne und daß die Frage bei den Gemeindeabgaben zu lösen sei, wurde der Antrag zurückgezogen. Nach § 8 ist die früher Verwaltung eines unbefoldeten Kreisamtes ein Grund zur Ablehnung derselben oder eines gleichartigen Amtes. Es wurde beantragt, die Worte „oder eines gleichartigen“ zu streichen, um diejenigen, welche nur als „Stellvertreter“ amtiert haben, dadurch nicht zu bestreiten. Ferner wurde beantragt, die Entscheidung über die nachtheiligen Folgen einer ungerechtfertigten Ablehnung nicht dem Kreistage, sondern dem Kreisausschuß zu übertragen. Der letztere Antrag wurde abgelehnt, der erste zurückgezogen, nachdem seitens der Vertreter der Staatsregierung unter Beweisung auf die Verhandlungen im Jahre 1872 erklärt worden war, daß das Amt des Stellvertreters nicht als ein dem Hauptamt gleichwertig zu betrachten sei. Bei § 9 wurde beantragt, über die §§ 9–12, welche von Deckung der Kreisausgaben handeln, die Beratung auszusetzen bis zur Entscheidung über den Entwurf eines Verwendungsgesetzes, weil durch die Bestimmungen des letzteren, insbesondere die Ueberweisung von Realsteuern und die Reduktion der Klassensteuern, sehr bald eine abermalige Revision der Kreisordnung bedingt werden würde. Dagegen wurde geltend gemacht, daß die gegenwärtig beabsichtigten Vorführten allerdings nur provisorische und als solche in Aussicht auf ein Kommunalsteuergesetz gedacht seien, sowie daß diese Vorführten im Besonderen den bisherigen entsprächen, lediglich mit den durch die seitherige Steuergesetzgebung bereits getroffenen Abänderungen. Es wurde jedoch darauf verwiesen, daß diese Ausführung voraussetze, es werde auf die Annahme des Verwendungsgesetzes auch in dieser Session kein Gewicht gelegt, wohl aber auf die Annahme der Kreisordnungsnovelle. Der Vertreter der Staatsregierung betonte dieser Bemerkung gegenüber, daß es der Regierung völlig Ernst sei, die Bestimmungen des Verwendungsgesetzes auch in dieser Session noch zur Entscheidung zu bringen. Aus Anlaß dieser Erklärung wurde gefragt, ob die Staatsregierung demnächst nach Beschlusssitzung über das Verwendungsgesetz alsbald geneigt sein werde, die erforderlichen Abänderungen der Kreisordnung vorzulegen, da die Grundlagen der letzteren durch jenes Gesetz wesentlich erschüttert würden. Der Vertreter der Staatsregierung erklärte sich nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten, da es wesentlich darauf ankomme, welche Gestalt das Verwendungsgesetz erhalten werde. Eine andere Erklärung wurde nicht abgegeben, auch darauf darauf aufmerksam gemacht war, daß nur die hauptsächlichsten Grundzüge jetzt in Frage kommen könnten und daß die Staatsregierung sich damit doch beauftragt haben müsse, als sie das Verwendungsgesetz vertrieb und vorlegte. Hierauf wurde der Antrag abgelehnt. Der § 10 wurde unverändert angenommen. Nach § 11 bleibt den Städten die Untertheilung der Kreisabgaben vorbehalten; ein Amendment beabsichtigte, die gleiche Befreiung durch Beschluss des Kreisausschusses auch Landgemeinden beilegen zu lassen. Nachdem die Vertreter der Staatsregierung auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, welche die Ausführung einer solchen Bestimmung haben würde, und von Einführung neuer Vorführten in Abänderung des bisherigen Zustandes abgeraten waren, wurde der Antrag abgelehnt. Der § 12 wurde angenommen, zu § 13 ein unerheblicher, erläuternder Zusatz beschlossen. Die §§ 14 bis 19 wurden unverändert, bzw. nach der Vorlage angenommen.

In der Sitzung der Unterrichtscommission am 11. d. M. wurde zunächst der Art. 2 des Gesetzes, betr. Abänderung des Wittwengesetzes von 1869 diskutirt. Derselbe will die Fortterhebung eines einmaligen Beitrages bei Gesellschaftsverbesserungen der Lehrer nicht mehr von der Leistungsfähigkeit der Kassen, sondern nur von der Zustimmung der Kassencuratoren abhängig machen. Ein Antrag der Fortschrittspartei will die qu. Erhebung für immer gestrichen wissen, während nach einem conservativen Antrage die Verbesserungsgelder nur von der Baarverbessezung, nicht von der durch Naturalien zr. erhoben werden sollen. Die Regierung legt, nachdem die Minimalpension von 250 M. beschlossen ist, nunmehr Wert auf die Fortterhebung der Gesellschaftsverbesserungsgelder, und so wird denn der conservative Antrag einstimmig, der fortgeschritten gegen 3 Stimmen (Fortschritt und Secessionisten) abgelehnt, endlich der Art. 2 der Regierungsvorlage gegen 4 Stimmen (Fortschritt, Secessionisten und 1 Nationalliberalen) gestrichen. Gegen Art. 3 der Vorlage wenden sich fast alle Parteien mit Ausnahme einiger Conservativen und eines Nationalliberalen. Allseitig wurde geltend gemacht, daß eine Mehrbelastung der Gemeinden für die Schulen nicht allgemein sei, daß es im Gegenthalt Zeit sei, den Staat mehr zu Leistungen für dieselbe heranzuziehen. Es war wenig Lust vorhanden, das Odium einer event. Beitragserhöhung den Gemeinden gegenüber zu übernehmen. Ja, es wurde sogar beweisfert, ob die Unterhaltung der Wittwen durch die Gemeinden überhaupt als Ausfluss der Schulunterhaltungspflicht angesehen werden könne, da ja dieselbe dann einfach durch

die Verwaltung gefordert und ausgelegt werden könnte. So wurde denn Artikel 3 mit allen gegen 4 Stimmen (die Conservativen theilten sich, ein Nationalliberaler stimmte für den Artikel) abgelehnt. Nach dieser Abstimmung wies der Commissar des Finanzministeriums darauf hin, daß nunmehr das Gesetz leicht nicht zum 1. April 1881 schon in Geltung treten könne, da jetzt neue Staatsmittel beschafft werden müssten, was für diesen Staat schwer sein würde. Man antwortete darauf, daß durch den schon vor Weihnachten gefaßten Beschluß einer Pensionserhöhung auf 250 M. die Staatsregierung ja schon habe absehen müssen, daß neue Mittel in den Staat eingesetzt werden müssten. Der Art. 4, der die in § 9 des Gesetzes von 1869 vorgesehene Capitalisierung der Antrittsgelehrten sehe will, wird einstimmig angenommen. Nachdem zu Art. 5 der Herr Regierungskommissar erklärt hatte, daß die Minimalpension von 250 M. sofort nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes in allen Bezirken des Staates, also auch in denen, welche nach Art. 5 das Gesetz nach weiteren administrativen Verhandlungen erst durch königliche Verordnung erhalten sollen, eingeführt werden solle, wird derselbe angenommen. Durch einen besonderen Artikel soll das Herzogthum Kreis Lauenburg, für welches das Gesetz von 1869 bisher nicht gegolten hat, in den Geltungsbereich der neuen Gesetzesnovelle hineingezeichnet werden.

[Liberaler Parteitag.] Man bezeichnet der „Trib.“ die in einigen Blättern ausgetretene Nachricht, daß auf demnächst einzuberuhenden liberalen Parteitagen gleichzeitig secessionistische, nationalliberale und fortschrittliche Parlamentarier als Redner auftreten werden, als verfrüht. Man hält in allen drei Parteien ein solches Vorgehen im Interesse der gemeinsamen liberalen Sache, namentlich im Hinblick auf solche Bezirke, welche jetzt noch von conservativen oder ultramontanen Abgeordneten vertreten werden, sehr wünschenswert; so lange aber eine gemeinsame liberale Partei noch nicht existiert, kann auf dem angegebenen Wege erst procedirt werden, wenn eine Verständigung zwischen den Centralcomites über die eventuelle Vertheilung der Wahlkreise auf die Candidaten der einzelnen liberalen Parteien, die dann die gemeinsamen Candidaten wählen, erfolgt ist.

[Die liberale Vereinigung und der Antrag Windthorst.] Die „Danzig.“ schreibt: „Dieser Tage hat sich der Abg. v. Heldorf in einem Dicke durch ein offenes Danzschreiben erwidert, welches die „König-Botschaft“ zum Abschluß bringt. Der abgesetzte Kirchenfürst bezeichnet darin den gegenwärtigen Zustand der katholischen Kirche in Preußen als einen „durchaus unbehaltbaren“, der dringend baldige Hilfe verlangt“. Indes baut er nicht recht auf die von seinen Dicessanen ausgeschworene Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand der kirchlichen Bedrängnis im Vaterlande nicht länger mehr fortduern könne, sondern im Laufe des zuletzt begonnenen Jahres sicher eine Wendung zum Bessern zu erwarten stehe.“ Dr. Melchers schließt vielmehr seine Buzchrift: „Da uns die Zukunft verhüllt ist, und die Rathschlüsse der göttlichen Vorsehung unerschöpflich sind, die wahrnehmbaren Zeichen der Zeit aber nach menschlicher Ansicht noch nicht dazu angehan sind, in der nächsten Zukunft eine Wiederherstellung der Freiheit und der Rechte der katholischen Kirche in Preußen erwarten zu lassen, so bleibt nichts übrig, als daß wir im festen Vertrauen auf den Allmächtigen, welcher sicher Hilfe senden wird, zur rechten Zeit, und dem täglich dazu tausend Mittel und Wege zu Gebote stehen, forschen und beobachten in treuer Erfüllung unserer Pflichten und im täglichen Gebete für die Anliegen der Kirche.“ Man sieht von der früheren Praxis, ein baldiges Ende der „deocletianischen Verfolgungen“ zu prophezeien, ist die ultramontane Hierarchie zurückgelommen. Sie will jetzt allem Anschein nach die Lage der Dinge lieber etwas zu pessimistisch ansehen, als zu rosig malen.

[Freiwillige bei der Kriegsmarine.] Der Chef der Admiralität hat Nachrichten, betreffs der Annahme und Einstellung von Mannschaften können, wenn sie zu ihren Wählern sprechen, sich der Volksbewegung nicht entziehen, liberalen Forderungen zuzustimmen, welche der Volksinstinct als unzweifelhaft berechtigt anerkannt hat. Am 7. d. M. tagte in Minden eine conservative Volksversammlung, in welcher der Abg. Freiherr von der Ned über die letzten Landtagsverhandlungen referierte. Nach dem Bericht des „Westfäl. Volksbl.“ sprach er sich durchaus gegen den Steuer-Erlaß von 14 Millionen Mark aus. Gleich verschenken, ehe man es habe, das versteht er schlechterdings nicht. Zudem solle ja noch eine Anleihe von 30 Millionen Mark gemacht werden. Dann wäre es doch besser die 14 Millionen, wenn man sie wirklich habe, hierzu zu verwenden. Es ließen sich dann im Extraordinarium vielleicht außerdem noch einige Erbsparnisse machen, so daß die Anleihe wenigstens bedeutend reduziert werden könnte, wenn dieselbe nicht ganz wegstehe. Den Nutzen von den Anleihen hätten doch eben nur die Capitalisten und Börsenmänner. Das werde dem Fürsten Bismarck allerdings wohl nicht ganz recht sein, allein Selbstständigkeit müßt ein Hauptgrundstück der conservativen Partei sein und bleiben. Trotz allem versichert die „Nord. Allg. Ztg.“, daß die Conservativen mit dem Finanzminister übergekommen seien, den Steuererlaß von 14 Millionen zu bewilligen. Ein anderer Redner der Mindener Versammlung, Freiherr v. d. Goltz, ohne Zweifel der fröhliche General, der schon als Oberst im Jahre 1867 den Wahlkreis Minden-Lübbecke im constituirenden norddeutschen Reichstag vertrat, kam den liberalen Forderungen noch weiter entgegen. Er betonte ausdrücklich, daß für das Militär nichts mehr bewilligt werden könne und dürfe; unser Alter Stolz sei ja eine tüchtige Armee, aber dieselbe sei jetzt auch stark genug; wir hätten kräftige Männer genug, um unser Vaterland zu vertheidigen. Herr v. d. Goltz wurde von der Versammlung einstimmig als conservativer Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

[Ein Werbeversuch.] Ein großes rheinisches ultramontanes Blatt, die „Deutsche Reichszeitung“ in Bonn verlindert diese Parteioffnung in gesperrtem Druck. Nachdem es die Meinung des Abg. v. Heldorf erwähnt, führt es die dem Windthorstschen Antrage günstigen Ausführungen der „Frank. Ztg.“ an und knüpft daran folgende Bemerkung: „Wir wollen aufpassen, wie die übrigen Judenblätter sich zu dem Antrage Windthorst

stellen werden. Ihre Haltung dürfte maßgebend sein für die künftige Stellung der Katholiken zur Judenfrage.“ Auch eine so verständliche Drohung wird es nicht vermögen, die Liberalen an dem streng sachlichen Abwegen der Frage zu hindern und sie keinesfalls bestimmen, unveräußerliche Höhepunkte des Staates den Händen der römischen Hierarchie preiszugeben.

[Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten.] Mit dem 1. April d. J. tritt das auf den Bericht des Staatsministeriums allerhöchst genehmigte Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten in Kraft. Dasselbe findet Anwendung auf alle Dienstwohnungen der Staatsbeamten, Beamten und Lehrer staatlicher oder vom Staat zu unterhalter der Unterrichts-Anstalten, sowie derjenigen Geistlichen und Schullehrer, welche der Staat in ihrem amtlichen Eigentum Dienstwohnung überläßt, unbeschadet der ihnen etwa zustehenden Befreiung von Communalsteuern und Abgaben. Ausgeschlossen bleiben die Local-Beamten der Domänen- und Forstverwaltung, sowie die zum Rektor der Bergwerks-, Höhle- und Salinenverwaltung gehörigen Werks-Unterbeamten mit Rücksicht auf die besonderen diesbezüglichen Befreiungen. Auch ist das Regulativ auf Geistliche, Kirchenbeamte und Schullehrer, denen Dienstwohnungen von Communen und fiscalischen oder Privatpatronen überwiesen sind, nicht anwendbar, dagegen auch auf die Beamten, welche sich am 1. April d. J. in Genüge einer Dienstwohnung befinden. Nur für diejenigen dieser Beamten, denen zur Zeit des Inkrafttretns dieses Regulativs ein Rechtsanspruch auf eine besondere Behandlung hinsichtlich der Unterhaltungspflicht ihrer Dienstwohnungen zusteht, bewendet es, auf deren Verlangen, lediglich bei dem jenen Anspruch begründeten Vorchriften. In zweifelhaften Fällen bei Anwendung dieses Regulativs entscheidet der Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

[Ein Schreiben des Dr. Paulus Melchers.] Wie alljährlich hat der im „Exil“ weilende frühere Erzbischof von Köln, Dr. Paulus Melchers, auch diesmal auf die Neujahrsbüchle von Geistlichen und Laien seiner Diözese durch ein offenes Danzschreiben erwidert, welches die „König-Botschaft“ zum Abschluß bringt. Der abgesetzte Kirchenfürst bezeichnet darin den gegenwärtigen Zustand der katholischen Kirche in Preußen als einen „durchaus unbehaltbaren“, der dringend baldige Hilfe verlangt“. Indes baut er nicht recht auf die von seinen Diessanen ausgeschworene Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Zustand der kirchlichen Bedrängnis im Vaterlande nicht länger mehr fortduern könne, sondern im Laufe des zuletzt begonnenen Jahres sicher eine Wendung zum Bessern zu erwarten stehe.“ Dr. Melchers schließt vielmehr seine Buzchrift: „Da uns die Zukunft verhüllt ist, und die Rathschlüsse der göttlichen Vorsehung unerschöpflich sind, die wahrnehmbaren Zeichen der Zeit aber nach menschlicher Ansicht noch nicht dazu angehan sind, in der nächsten Zukunft eine Wiederherstellung der Freiheit und der Rechte der katholischen Kirche in Preußen erwarten zu lassen, so bleibt nichts übrig, als daß wir im festen Vertrauen auf den Allmächtigen, welcher sicher Hilfe senden wird, zur rechten Zeit, und dem täglich dazu tausend Mittel und Wege zu Gebote stehen, forschen und beobachten in treuer Erfüllung unserer Pflichten und im täglichen Gebete für die Anliegen der Kirche.“ Man sieht von der früheren Praxis, ein baldiges Ende der „deocletianischen Verfolgungen“ zu prophezeien, ist die ultramontane Hierarchie zurückgelommen. Sie will jetzt allem Anschein nach die Lage der Dinge lieber etwas zu pessimistisch ansehen, als zu rosig malen.

[Freiwillige bei der Kriegsmarine.] Der Chef der Admiralität hat Nachrichten, betreffs der Annahme und Einstellung von Mannschaften können, wenn sie zu ihren Wählern sprechen, sich der Volksbewegung nicht entziehen, liberalen Forderungen zuzustimmen, welche der Volksinstinct als unzweifelhaft berechtigt anerkannt hat. Am 7. d. M. tagte in Minden eine conservative Volksversammlung, in welcher der Abg. Freiherr von der Ned über die letzten Landtagsverhandlungen referierte. Nach dem Bericht des „Westfäl. Volksbl.“ sprach er sich durchaus gegen den Steuer-Erlaß von 14 Millionen Mark aus. Gleich verschenken, ehe man es habe, das versteht er schlechterdings nicht. Zudem solle ja noch eine Anleihe von 30 Millionen Mark gemacht werden. Dann wäre es doch besser die 14 Millionen, wenn man sie wirklich habe, hierzu zu verwenden. Es ließen sich dann im Extraordinarium vielleicht außerdem noch einige Erbsparnisse machen, so daß die Anleihe wenigstens bedeutend reduziert werden könnte, wenn dieselbe nicht ganz wegstehe. Den Nutzen von den Anleihen hätten doch eben nur die Capitalisten und Börsenmänner. Das werde dem Fürsten Bismarck allerdings wohl nicht ganz recht sein, allein Selbstständigkeit müßt ein Hauptgrundstück der conservativen Partei sein und bleiben. Trotz allem versichert die „Nord. Allg. Ztg.“, daß die Conservativen mit dem Finanzminister übergekommen seien, den Steuererlaß von 14 Millionen zu bewilligen. Ein anderer Redner der Mindener Versammlung, Freiherr v. d. Goltz, ohne Zweifel der fröhliche General, der schon als Oberst im Jahre 1867 den Wahlkreis Minden-Lübbecke im constituirenden norddeutschen Reichstag vertrat, kam den liberalen Forderungen noch weiter entgegen. Er betonte ausdrücklich, daß für das Militär nichts mehr bewilligt werden könne und dürfe; unser Alter Stolz sei ja eine tüchtige Armee, aber dieselbe sei jetzt auch stark genug; wir hätten kräftige Männer genug, um unser Vaterland zu vertheidigen. Herr v. d. Goltz wurde von der Versammlung einstimmig als conservativer Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

[Das Verbot des Totalitarismus.] Das Verbot des Totalitarismus ist jetzt durch einen Erlass des Ministers des Innern auf das ganze Land ausgedehnt worden. Auch den sogenannten „Buchmachern“ (Wett-Unternehmern) wird das Handwerk gelegt werden.

[Deutsche Chronik.] Die „Königslb. Allg. Ztg.“ empfängt vom Vorsteheramt der Königberger Kaufmannschaft folgende Notiz: „Die zum 13ten d. M. bevorstehende Erhöhung der russischen Zölle hat das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft veranlaßt, den Fürsten Bismarck zuerst telegraphisch und dann in einer ausführlicheren Eingabe zu ersuchen, es bei der russischen Regierung auszuwirken, daß wie im Jahre 1877 bei Einführung der Goldpöle, diejenigen Waaren, welche schon vor dem 13. die Grenze passirt haben, und den russischen Behörden zur Verjollung angemeldet, von diesen aber noch nicht abgefertigt sind, noch während einer Frist von zehn Tagen nach dem 13. zu den bisherigen unerhöhten Zöllen zugelassen werden. Wie damals, hat Fürst Bismarck auch diesmal dem Gesuch des Vorsteheramtes seine volle Unterstützung zu Theil werden

Nun erst erkenn' ich dessen Freude,
Der einst den Raub von Ithaka,
Nach glücklich überstand'nem Leide,
Wie ich mein Striegau wiederfah'!

Will der Mutter Schoch die Wiege,
Und ihr Arm das Betté sein:
Also freu' ich mich auf's Sterben,
Weil Du mir das Lager schenkt,
Und, ob Leib und Fleisch verberden,
Doch den Rest in dich versenkt.“

Wir begleiten unsern armen Günther durch die Nacht des 24. September 1719 in den damals noch wilden Nonnenbuch bei Zedlik hinein, wo sich der Dichter in Gedanken verwirrt und ein schreckliches Abenteuer erlebt, bis er am Morgen, von einem Schäfer zurechtgewiesen, gen Schwedt gelangte, wo die heftigsten Feinde seines Dichterlebens, der Avocat Theodor Krause, ein über Alles schmeckender Bielwischer und Kritik, und der damalige Pastor primarius, Schulen-Inspector und Kirchenlieder-Dichter Benjamin Schmolke, vom Verfasser aus klaregelegten Gründen alle Hebel in Bewegung setzten, um unseren ehrlichen Günther als Taugenicht zu verdächtigen und zu verbreiten. Die Ursache dieser unversöhnlichen Gegnerschaft lag in Günther's beispielnden Epigrammen und scharfen Satyren gerade gegen diese beiden Gegner, wie auch gegen viele Andere, deren Angriffe er von sich abzuwehren hatte! Er schreibt selbst an seinen Vater:

Was Menschen-Schwäche würdet, was Jugend-Unbedacht
Und überreiter Trieb unzeitig angegeben,
Mein tadelnsch'ger Reim, mein freies Puschlenleben,
Das ist es einzig nur, was dich erzürnt macht.
Wie, find wi Sterblichen nicht alle mangelhaft?
Wenn hat ein junger Mensch untadelich gewandelt?
Hat nicht mein Stachel-Reim nur Laster abgehandelt?
Und ist die Freiheit nicht der Mosen-Söhne Kraft?
Des höchsten Allmacht zieht die Eiser-Strahlen ein,
Wenn, und wie oft der Mensch den schwersten Fall bereuet,
Der Buß und Besserung die Folge-Jahre wehet,
Und du, mein Vater! willst nur unerbittlich seyn?“
(Curieuse Lebens-Beschr. 1732, S. 102.)

Ein vom Verfasser wieder entdecktes echtes Günther-Gedicht: „Liebesbegehenheiten“ — und ein zweites, von seinen zahlreichen Gegnern für unecht verschrieenes und darum bis heut noch nicht gewürdigtes Epos: „Curieuse und merkwürdige Lebens- und Reisebeschreibung“ — erschien uns an der leitenden Hand des kundigen Verfassers die Motive dieser Gegnerschaft, welche mit Günther's jugendlichem Liebes-Leben zu Magdalisa Leonore von Schwedt in causalem Zusammenhang steht.

Wir folgen dem Dichter weiter auf seinen verschlungenen Irr- und Wanderschaften von Schwedt über Roskowitc bei Nippisch bis Auras an der Oder, wo ein vierwöchentlicher Aufenthalt ihm

Zeit und Muße zur Abschaffung seiner herrlichen „Lobschrift auf König August“ gewährt; von da bis Breslau, wo ihn hohe Gönnner und gute Freunde wohlwollend empfangen und zu fördern suchen, während Günther's Unstern und Eigenartigkeit ihn auch hier in seltsame Verwicklungen bringt. Er besucht von hier aus seine Schweidnitzer Magdalisa Leonore zum ersten Male wieder in einem Dorfe Zedlik im Oelsnischen Gebiet, wo sie als Wirthschafterin fungirt und sich ein entfernter Beter in sie verliebt hat, dessen wütende Eifersucht unsern Günther vertreibt, während Magdalisa Leonore eine andere Stellung auf Schloss Vorau bei Sibyllenort findet. Günther's komisches Abenteuer im Schweidnitzer Keller zu Breslau veranlaßt seinen Abschied von hier; er geht nach Schloss Vorau, wo er von Magdalisa Leonore fürs Leben Abschied nimmt, — und wandert nur ohne Geld und Hilfsmittel mit reisenden Studenten von Psarrdorf zu Psarrdorf, bis er wieder über Breslau durch Merlischus und Jauer auf besondere Empfehlung nach Lauban in Begleitung eines von dort stammenden Freundes Ende Februar 1720 gelangt, wo ihn Krankheit und Ungemach aller Art heimsuchten. Ein wohltätiger Bürger hilft ihm wieder auf: — er lehrt im August 1720 zum zweiten Male nach Striegau zurück, um zum vierten Male von seinem hartherzigen Vater und seiner bösen Stiefmutter hilflos vertrieben zu werden. Er geht über Breslau nach Brieg zu einem Freunde, einem Herrn Reichel, der ihn Anfang November 1720 mit zu seinem Schwager, dem Pastor Schlyalius in Wilmendorf bei Psarrchen, Kreisburger Kreis, nimmt, woselbst er 8 Wochen verweilt, sich die Gunst des wohlwollenden Herrn von Nimpisch erwirkt, dessen Familie ihre Erbgüter um Striegau besitzt, und durch ihn im Pastorat von Psarrdorf eingeführt wird, wo unsern Günther — nach Leonores öffentlicher Untreue — die letzte und hoffnungstreiche Liebe seines Lebens zur schönen Psarrersiochter Johanna Ettmann (Phyllis genannt) ergreift. Sie wird an seinem Geburtstage den 8. April 1721 seine Verlobte. Die Geschichte dieser Liebe ist ein köstlicheres und tragischeres Idyll, als uns Goethe genau 50 Jahre später ein solches mit seiner Friederike von Sessenheim vorgezaubert hat. Günther will auch den Segen seines Vaters zu diesem Bunde ersuchen und sich mit seiner Hilfe endlich den Doctorhut erwerben, um seine Geliebte so rasch als möglich als Brant heinzuführen; aber auch seine dritte und letzte Heimkehr nach Striegau endet in einer entschieden füsten Abweitung von der Schwelle des inzwischen wieder aufgebauten Vaterhauses.

„

lassen. Es ist sofort aus Friedrichshafen telegraphische Anweisung an die deutsche Botschaft in St. Petersburg ergangen. Dass ist es derselben nicht gelungen, wieder eine zehnjährige Nachfrist von der russischen Regierung zu erlangen, indes wurde infolge einer Abhilfe gewährt, dass nach einem Telegramm des Herrn Grafen Limburg-Stürum an das Botschaftsamt die beiden russischen Weihnachtsferien, an denen sonst natürlich die Holländer geschlossen sind, diesmal ausnahmsweise zur Absicherung der bereits an der Grenze angelangten Waaren herangezogen wurden. — Der vor einigen Tagen in Stendal zusammengetretene Kommunalantrag der Altmark hat über ein dem Prinzen Wilhelm darzubringendes Geschenk anlässlich seiner Beimischung mit der Prinzessin Victoria Augusta von Schleswig-Holstein Beschluss gefasst. — Die Nürnberger Polizei hat auf Grund des Socialistengesetzes die Abhaltung einer Arbeiterversammlung verboten, auf deren Tagessitzung „Das Arbeiter-Sicherungsgesetz mit besonderer Berücksichtigung der Baare-Vorschläge“ stand. In dem Verbot wird ausgeführt, dass die Einberufung notorisches hervorragende Anhänger der Socialdemokratie sind, doch das für die Versammlung gewählte Thema sehr geeignet sei, sozialdemokratischen Agitationen zum Vorwande zu dienen, während ein Gesetzentwurf über Arbeiterversicherung offiziell noch gar nicht vorliege. Noch erwähnt das Verbot des Umstandes, dass in der Neuzeit wieder eine erhöhte Tätigkeit der Socialdemokratie bemerkbar sei.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 10. Jan. [Neue Regierung.] — Die Röhr in den Weiberdörfern. — Ehren und Belohnungen. — Arbeitsschulen. — Dr. Edstein.] Der Offiziermangel, welcher neuordnungs bei den deutschen Armeecorps angestiegen ist, der Errichtung der neuen Regimenter füllbar wird, ist in Sachsen Ansatz geworden, braunschweigische, württembergische und bayerische Offiziere in das XII. Armeecorps einzustellen und verschiedene Reserveoffiziere in die aktive Armee aufzunehmen. Die beiden neuen Regimenter erfordern zur Befestigung der etatmäßigen Offizierstellen 12 Stabsoffiziere, 24 Hauptleute, 24 Premier- und 30 Secondelieutenants, sowie 8 Portepeefähnrichen. Die Details der Organisation sollen erst veröffentlicht werden, wenn der Reichstag das Geld bewilligt haben wird. Bei der Vermehrung des Reichsheeres wird übrigens Sachsen am stärksten in Mitleidenschaft gezogen, da es fast ein Fünftel der Vermehrung zu leisten hat. Das liegt teilweise an der starken Zunahme der Bevölkerung, teilweise aber auch an der Schonung, die man Sachsen bei und unmittelbar nach seinem Eintritte in den Norddeutschen Bund zu Theil werden ließ. Jetzt kommt auf die zwei bayerischen Armeecorps nur ein neues Regiment, auf die 14 preußischen Armeecorps 8 Regimenter, während Sachsen deren zwei zu stellen hat. — Aus Obercunnersdorf in der Oberlausitz kommen wieder einmal Mitteilungen über die Lage der Weber, welche bestätigen, dass dieselbe trotz des Schutzes der nationalen Arbeitsschäfle, wie früher, geworden ist. Es heißt darin: Die Arbeit eines Webers besteht darin, die vom Arbeitgeber empfangene Garne erst vorzubereiten, d. h. zu stärken, streichen, auf den Webstuhl bauen, schichten und spulen. Dann erst beginnt das Wirken der Leinwand. Ein sehr geschickter Weber kann innerhalb einer Woche bei angestrengster Tätigkeit zwei Stück zu je 72 Ellen herstellen, wenn Frau und Kinder durch Spulen, Treiben u. s. w. helfen. Damit hat er alsdann während der ganzen Woche sammt seiner Familie vielleicht nur 6 Mark bei guter Waage verdient. Hunderte von Weibern stehen sich noch niedriger. Von diesen sauer verdienten 6 Mark müssen die Zubauten, Stärke und Mehl für die Schlichtmasse, bestreiten und die ganze Familie von vielfach 5 bis 7 Kindern gekleidet und ernährt, Schuhläden, Abgaben, Wohnung, Heizung und Beleuchtung bezahlt werden. — In den Ortschaften, welche von der Webersnoth am 14. Juni vorigen Jahres betroffen wurden, sind jetzt Ehrenzeichen und Belohnungen für diejenigen vertheilt worden, welche sich bei der Rettung von Menschen und Habe, Organisation des Hilfswerks verdient gemacht haben. Das goldene und silberne Verdienstkreuz des Albrechtsordens, silberne Rettungsmedaillen, Belobigungen und Goldprämien werden einer größeren Anzahl von Personen zu Theil. — Die Errichtung von Arbeitsschulen in Verbindung mit Volks- und höheren Schulen greift in Sachsen um sich. Nach dem Vorbilde Leipzigs will man jetzt auch in Zittau Schülertreffstätten errichten, in denen Auge und Hand geübt werden sollen; ebenso geht der gemeinnützige Verein in Dresden damit um, für Dresden ein solches Institut ins Leben zu rufen. — Das 50jährige Lehrer-Jubiläum des bisherigen Rectors der Thomasschule, Dr. Fr. A. Edstein, hat wieder einmal den Beweis dafür geliefert, wie treuer Unabhängigkeit sich der Nestor der deutschen Philologen in der Stadt Halle, wo er früher als Codirector der Franckeschen Stiftungen gewirkt hat, erfreut. Der Rath der Stadt Leipzig hat dem verdienten Schulmann zu seiner gesetzlichen Pension einen dauernden Zuschuss von 1500 Mark jährlich bewilligt, damit er ein völlig sorgenfreies Alter genießen möge. König Albert von Sachsen hat ihm das Comthurkreuz II. Klasse des Albrechtsordens verliehen und seine ehemaligen Schüler ein Edstein-Stipendium gestiftet.

Österreich-Ungarn.

* * Wien, 12. Januar. [Die Bauernbewegung. — Zur griechischen Frage.] Wenn auch Alles sonst noch bei dem endlichen Ausgang der Bauernbewegung in Frage steht, ist doch das Eine gewiss, dass die Rechtspartei Hohenwart's, deren einzigen Cement, in Ermangelung jedes nationalen Kitts, die politische und kirchliche Reaction bildet, bis in ihre Fundamente sich erschüttert fühlt. Graf Brandis hat gestern beim Kaiser Kublitz genommen und von ihm das Versprechen erhalten, dass die Minister angewiesen werden sollen, die Grundsteuerfrage in Betreff Oberösterreichs nochmals einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Andererseits greift man das Ding in Steiermark an, wo der slowenische Abgeordnete Bosnjak eine Wählerversammlung nach Sachsenfeld einberufen hat, um den Bauern Aufhebung der freien Theilbarkeit ihres Besitzes, Wiedereinführung des politischen Eheconsortes und Bechränkung des schulpflichtigen Alters zu versprechen. Das sind nun allerdings Ideale der Herren Graf Hohenwart und Dr. Lienbacher, Führer der Rechtspartei, es waren auch Deßler der Landleute, so lange diese letzteren noch bloßes clericales Stimmvieh abgaben. Ob sie heute noch blindlings auf den reactionären Zopf ansetzen, erscheint zweifelhaft — ganz gewiss nicht, wenn ihnen derselbe anstatt einer Reduction der ihnen zugedachten Grundsteuer, der Stein statt des verlangtes Brotes, geboten wird. Andererseits hat die Agitation doch auch ihren Haken für die Regierung, die ja durch die Steuerreform drittehalb Millionen profitieren und deren Ansehen eine so tiefe Erschütterung erfahren müsste, dass man schwer begreift, wie sie noch im Amte bleiben könnte, falls das Abgeordnetenhaus die neue Grundsteuer-Hauptsumme verwürfe — das einzige Votum, das ihm über das ganze Elaborat der Central-Commission zusteht. Das ist aber eine Eventualität, deren Eintritt heute gar nicht mehr so ferne liegt, wenn die 20 clericalen Abgeordneten der drei betreffenden Länder, unter dem Druck der Linzer Resolutionen, mit der Opposition stimmen. Alles hängt davon ab, dass die verfassungstreuen Vertreter aus Böhmen der Partei treu bleiben, obwohl das Gesetz ihrem Kronlande eine Erleichterung von 2 Millionen bringt. Und da erklärt die „Egerer Zeitung“ heute: „Wir wollen lieber zahlen, als uns unterdrücken lassen; wir messen das Maß unserer Freiheit nicht nach unserem Geldbeutel ... jeder deutsch-böhmisches Abgeordnete, der bei dieser Abstimmung sich von der Partei trennt, oder forbleibt, wird mit allen erlaubten und, wenn es sein muss, mit den drastischsten Mitteln zur Niederlegung des Mandates gezwungen werden. Sind das mehr als hohe Worte, so steht die Sache um so bedenklicher, als ja natürlich auch die Polen gar nicht so große Eile haben, sich freiwillig anderthalb Millionen ausladen zu helfen, blos damit ihnen nicht später einmal die vollen vier Millionen des Thüringischen Elaborates aufgebürdet werden! — Die Wendung in der griechischen Affaire verfolgt man hier mit Sorge: von einem friedlichen Umschlage, der in Konstantinopel eingetreten sein soll, weiß man nichts. Im Gegenteil! Die Ernennung Ghazi Osman Pascha zum Seraskier verfolgt den Plan, die vermeintlich günstige Stimmung Europas für die Pforte scharf und schnell auszunützen und die Griechen mit dem Kopfe an die Wand zu drängen. Ein Ultimatum soll in Ufien Abrechnung binnen acht Tagen fordern und im Falle einer Belagerung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und mit der Ausweisung aller griechischen Untertanen aus der Türkei

drohen. Dass Alt-Bug von Gusinje sich in Unsko (Skoplje) am Bardar, halbwegs zwischen Mirrovoza und Sal-nicht an der Bahn, zum Fürsten von Albanien hat austreten lassen, mag dem Sultan nicht ganz genehm sein; zeigt aber jedenfalls, dass die Ligue Janina verteidigen will, wie die Pforte Larissa durch Osman Ghazi geschützt wird.

= Wien, 12. Januar. [Kronprinz Rudolf. — Von der Volkszählung.] Der Kronprinz ist gestern Abend nach Brüssel abgereist. Heute wird gemeldet, dass derselbe Anfang Februar eine Reise nach Ägypten antreten wird, es heißt, dass sich ihm mehrere österreichische Cavalier anschließen werden und dass er auch seinen alten Plan einer Reise nach Jerusalem, welcher schon vor seiner Verlobung besprochen wurde, diesmal zur Ausführung bringen will. Dem „Bureau Reuter“ zufolge hat die österreichische Regierung ihren diplomatischen Agenten in Kairo den Besuch des Kronprinzen bereits notifiziert. — Das Resultat der Volkszählung in Wien liegt nunmehr vor. Die Gesamtbewohner (ohne die Vororte) beträgt 707,532 Einwohner, die Zunahme gegen 1869 beläuft sich auf 100,018 Personen. — In Prag weist die Volkszählung 159,502 Einwohner auf, gegen 1869 beträgt der Zuwachs nur 1789 Personen. Dieses höchst ungünstige Resultat, welches wesentlich den dortigen politischen Zuständen zuzuschreiben ist, wirkt in Prag geradezu verblüffend.

Provinzial-Zeitung.

XXVIII. Schlesischer Provinzial-Landtag.

H. Breslau, 12. Jan. Sechste Sitzung. Der Vorsitzende, Herzog von Ratibor, eröffnete die heutige, letzte Sitzung um 11 Uhr 30 Min. mit einer Reihe von Mitteilungen.

Nach Eintritt in die Tagessitzung werden zunächst die bisherigen Mitglieder des Rechnungs-Revisions-Ausschusses wiedergewählt. Die Constitution desselben hat, wie folgt, stattgefunden. General-Director Dr. Riedel Vorsitzender, Kämmerer v. Ysselstein, Stellvertreter desselben, Oberbürgermeister Winkler, Schriftführer, Bürgermeister Dengler, Stellvertreter desselben.

Befestigung oder Mildeurung der durch die verschiedenen Anteile der einzelnen Kreise der Provinz an dem Besitz an Provinzial-Chausseen herverursachten Ungleichheiten. Der Provinzial-Ausschuss hatte vom letzten Landtag durch dessen Beschluss vom 2. December pr. den Auftrag erhalten — unter Berücksichtigung der vom Abg. v. Röder damals aufgestellten Geschäftspunkte — eine Vorlage darüber zu machen, auf welchem Wege die durch den verschiedenen Besitz an Provinzial-Chausseen herverursachten Ungleichheiten beseitigt oder gemildert werden können. Die v. Röder'schen Vorschläge sind darauf gerichtet, allen denjenigen Kreisen eine Jahresrente zu gewähren, welche bei gleichmässiger, nach irgend einem geeigneten erscheinenden Maßstab zu bemessenden Vertheilung der zur Verwaltung und Unterhaltung sämtlicher Provinzial-Chausseen jährlich zu machenden Gesamt-Aufwendungen einerseits und bei Gegenüberstellung der für die einzelnen, mit Provinzial-Chausseen befaschten Kreise in Wirklichkeit zu machenden jährlichen Aufwendungen andererseits, mit einem geringeren, als dem, dem zur Anwendung gelangenden Maßstab entsprechenden Anteil an den wirklichen jährlichen Gesamt-Aufwendungen beteiligt sein würden, und zwar soll die Größe der Jahresrente selbst als die Differenz aus dem idealen Soll-Anteil und dem Ist-Anteil an den zur Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen jährlich zu machenden Gesamt-Aufwendungen bemessen werden.

Demnach handelt es sich — vorläufig abgesehen von der Wahl des für die Vertheilung der jährlichen Gesamt-Aufwendungen anzuwendenden Maßstab — zunächst darum, ob die den Kreisen mit Minderbesitz an Provinzial-Chausseen zu gewährende Jahresrente

a. eine ihrer Höhe nach alljährlich veränderliche, d. h. eine auf dem jedes-jährigen Etat für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen, eben auf den Rechnungs-Ergebnissen des vorhergegangenen Rechnungsjahrs basierende, oder

b. eine, mindestens für eine längere Periode jährlich gleichbleibende sein soll.

Es erschien zweckmäßig, die Ermittlung einer feststehenden jährlichen Rente — mit dem Vorbehalt einer nach Ablauf gewisser Perioden vornehmenden Revision der Rentenberechnung — ins Auge zu lassen, und hat der Provinzialausschuss geglaubt, den an die zu ermittelnde Jahresrente zu stellenden Forderungen durch Festsetzung einer, auf Grund eines zehnjährigen Unterhaltungskosten-Durchschnitts basirten Normalsumme der jährlich für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen zu machenden Aufwendungen am Zutreffendsten genügen zu können.

Die ermittelte Normalsumme der seitens der Provinz jährlich aufzuwendenden Kosten für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen, bei einer Gesamtlänge der letzteren von 2,181,092,05 Meter stellt sich gemäß der als Anlage 2 beigefügten Tabelle 1 auf 1,743,700 M.

Bon diesen Kosten entfallen:

auf den Regierungsbezirk Breslau bei einer Länge der darin gelegenen Chausseen von	752,731,55 m	695,300 M.,
auf den Regierungsbezirk Liegnitz bei einer Länge der darin gelegenen Chausseen von	941,871,35 m	637,500 M.,
auf den Regierungsbezirk Oppeln bei einer Länge der darin gelegenen Chausseen von	486,489,15 m	410,900 M.,
	Summa 2,181,092,05 m	1,743,700 M.,

und stellen sich demnach die Kosten der Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen im Durchschnitt pro Jahr und Kilometer:

im Regierungsbezirk Breslau auf 923,70 M.,
Liegnitz " 676,80 "
Oppeln " 844,80 "

" 799,50 " in der gesamten Provinz

In welchem Maße die einzelnen Kreise an der Normalsumme partizipieren, geht aus der Tabelle 1, Colonne 1a und 1b hervor, wobei besonders zu bemerken ist, dass die 9 Kreise Guhrau, Münsterberg, Namslau, Wohlau, Rothenburg, Sagan, Crotzschburg, Leobschütz und Rothenberg keine Provinzial-Chausseen besitzen, und demzufolge an der Normalsumme keinen Anteil haben.

Nach erfolgter Ermittlung der der Jahresrenten-Berechnung zu Grunde zu legenden Normalsumme und denjenigen Beiträge, mit welchen die einzelnen Kreise an dieser Summe beteiligt sind, handelt es sich um die Lösung der ungleich schwierigeren Aufgabe, einen Maßstab zu konstruiren, welcher — bei seiner Anwendung zu einer gleichmässigen Vertheilung der in der Provinz vorhandenen Provinzial-Chausseen resp. der für ihre Verwaltung und Unterhaltung jährlich aufzuwendenden Mittel — den Anspruch auf eine möglichst gerechte und billige Befestigung oder Milderung der in einzelnen Kreisen der Provinz durch den verschiedenen Besitz an Provinzial-Chausseen herverursachten Ungleichheiten zu erheben im Stande sein könnte.

Die nach den Vorschlägen des Herrn v. Röder den einzelnen Kreisen zu gewährenden Jahresrenten sind schließlich unter Zugrundelegung:

a. des combinirten Vertheilungsmaßstabes aus Fläche und Steuerkraft,

b. des combinirten Vertheilungsmaßstabes aus Fläche, Steuerkraft und Bevölkerung-Ziffer.

Diese so ermittelte, allen Kreisen mit Minderbesitz an Provinzial-Chausseen

eb. zu gewährende Jahresrente beträgt

A. bei Berücksichtigung sowohl der ländlichen als der städtischen Kreise, a. unter Anwendung eines Vertheilungsmaßstabes, combinirt aus den beiden Factoren: Flächeninhalt und Steuerkraft der Kreise 801,848,72 M.,

b. unter Anwendung eines Vertheilungsmaßstabes, combinirt aus den 3 Factoren: Flächeninhalt, Steuerkraft und Zahl der Bevölkerung der Kreise 777,478,80 M.,

dagegen

B. bei Berücksichtigung nur der ländlichen Kreise, unter Anwendung eines

Vertheilungsmaßstabes, combinirt aus den beiden Factoren: Flächen-

inhalt und Steuerkraft der Kreise 511,037,17 M.,

Die Provinz besitzt auf Grund des Dotationsgesetzes vom 8. Juli

1875 an Jahresrenten zusammen: 2,070,111 M. Von dieser Rente würden — nach Maßgabe einer speziellen Berechnung — zum Zweck der Unterhaltung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaus voraussichtlich überhaupt versübar sein: 1,376,293 M. unter der Annahme, dass noch

für den Zeitraum von 10 Jahren eine stetige Entwicklung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaus in dem bisherigen Umfang der Jahre 1876—1879 rechnen sein dürfte, so würden nach den seitens der Provinz zur Unterstützung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaus gemachten Aufwendungen seitherhin jährlich zu gleichem Zwecke erforderlich sein 800,000 M. und würden demnach zur Deckung der nach dem Antrage des Herrn v. Röder den Kreisen zu gewährenden Gesamt-Jahresrenten im Betrage von 801,848,72 M. beiziehungsweise 777,478,80 M. verbleiben 576,293 M.

Über diese, zum Zweck der Unterstützung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaus jährlich zur Disposition stehende Summe ist jedoch auf den Zeitraum der nächsten fünf Jahre durch die bisher beauftragten und voraussichtlich noch zu bewilligenden Unterstützungen bereits verfügt, so dass für die Zwecke der Rentenberechnung gänzlich ausgesetzt werden.

a. weil die zur Bestimmung dieser Jahresrenten unbedingt erforderliche Normalsumme der jährlichen Verwaltung- und Unterhaltungskosten der Provinzial-Chausseen zum größten Theile auf hypothetischer Basis beruht,

b. weil das auszugleichende Object, d. i. der Minderbesitz an Provinzial-Chausseen, seinem Werthe nach als ein in der ganzen Provinz homogenes nicht betrachtet werden kann;

c. weil es als eine unmöglich lösbare Aufgabe bezeichnet werden muss, einen Ausgleichsmassstab zu konstruiren, welcher im Stande wäre, allen aus den verschiedenartigsten Factoren herührenden Ansprüchen an eine, wenn auch nur annähernd gerechte Ausgleichung zu genügen;

2) dass die Provinzial-Verbands auf eine Reihe von ungefähr 5 Jahren zur Disposition stehenden Fonds zur Deckung der Jahresrenten durchaus unzureichend sind, es sei denn, dass Neubewilligungen zur Unterstützung des Kreis- und Gemeinde-Wegebaus gänzlich ausgesetzt würden;

3) dass nach Lage der Verhältnisse auf eine Überweisung neuer Einnahmen seitens des Staatsverbandes an den Provinzialverband für die nächsten Jahre voraussichtlich nicht zu rechnen sein dürfe. Hierach beantragt der Provinzialausschuss, zu beschließen:

I. Von der Gewährung der Jahresrenten zur Befestigung oder Milderung der durch die verschiedene Anteile der einzelnen Kreise der Provinz verborgerufenen Ungleichheiten auf der Basis der von Röder'schen Vor-

schläge Abstand zu nehmen.

II. Den Provinzial-Ausschuss zu ermächtigen, sobald die Finanzlage der Provinz die Mittel zu einer Ausgleichung bietet, dem Provinzial-Landtag beigelegende Vorschläge zu unterbreiten.

Abg. Fabritius'cher Koppen referirt Namens des Wege-Ausschusses über die Vorlage und empfiehlt die Annahme des vom Provinzial-Ausschuss gestellten Antrages. Durch die Annahme desselben seitens des Landtages wird eine ganze Reihe zu der Vorlage eingegangener Anträge (darunter auch ein vom Referenten persönlich gestellter) befreit, und gelangt nur der folgende, von den Herren v. Röder-Guhrau und Graf Strachwitz-Gleiwitz gestellte zur Abstimmung, aber nicht zur Annahme: Provinzial-Landtag wolle beschließen:

I. den an den Provinzial-Chausseen minder beteiligten Kreisen vom 1. April 1

(Fortsetzung.)

den Chausseebau aufgewendeten Mittel zur Kenntnis und mit dem Antrage: der Provinzial-Landtag wolle beschließen, diese Übersicht in gleicher Weise, wie dies mit der oben bezeichneten Denkschrift geschehen, den sämtlichen Kreisausschüssen in der Provinz in je einem Druckeremplare mitzuweilen.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Überführung der Assoziationen der Oberlausitzer Feuer-Societät in die Schlesischen Provinzial-Feuer-Societäten.

Der Provinzial-Landtag beschließt:

die Überführung der Assoziationen der Oberlausitzer Feuer-Societät in die Schlesischen Provinzial-Feuer-Societäten nach Maßgabe des im Entwurf vorliegenden sechsten Nachtrages zu dem Reglement der Land-Feuer-Societät der Provinz Schlesien vom 28. December 1864 und des siebten Nachtrages zu dem Reglement der Städte-Feuer-Societät vom 1sten September 1852 zu genehmigen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Oberbürgermeister Friedensburg, übernimmt den Vorsitz.

Petitionen. Petition des Grafen v. d. Recke-Bolmerstein, betreffend die Regulirung des Neisseflusses. Der Provinzial-Landtag beschließt:

1) in Erwagung, daß die bereits von dem XXV. Provinzial-Landtag zur Disposition der königlichen Regierung bewilligte Beihilfe von 10,000 Mark zu der Neisse-Regulirung bisher unverwendet bleiben mußte, weil ein Verband der Adjacenten zur Durchführung und künftigen Unterhaltung der Regulirungsarbeiten nicht zu Stande gekommen, und in Erwagung, daß auch Herr Petent und seine Mitinteressenten jede Leistung in dieser Richtung noch heute ausdrücklich ablehnen, die Petition abzuweisen;

2) die königl. Staatsregierung zu ersuchen, zu den sehr dringenden Regulirung des Neissestromes die Initiative zu ergreifen.

Betreffend die Petition der Direction des Vereins für den Unterricht und die Erziehung Taubstummen aus dem Regierungsbezirk Liegnitz, beschließt der Provinzial-Landtag, die der Taubstummen-Lehranstalt zu Liegnitz an Lehrer Gehaltszuschüssen bisher gewährte Summe von 5525 Mark auf 6500 Mark zu erhöhen und den Lehrbeitrag von 975 Mark für das Jahr 1881 auf den Landtags-Dispositionsfonds zu übernehmen.

Begülich der Petition des Vereins für den Unterricht und die Erziehung Taubstummen in Breslau, betreffend die Einrichtung von Nothstandskursen, beschließt der Provinzial-Landtag: die Petition dem Provinzial-Ausschuß zur weiteren Veranlassung zu überweisen. — Betreffend die Petition des Magistrats zu Brieg um Gewährung einer Subvention zu den Kosten des technischen Unterrichts an der dortigen Gewerbeschule, beschließt der Provinzial-Landtag: Die Petition des Magistrats zu Brieg um Subventionierung der dortigen Gewerbeschule abzulehnen. — Bezüglich einer Anzahl anderer Petitionen beschließt der Provinzial-Landtag: die Petitionen dem Provinzial-Ausschuß theils „zur Prüfung“, theils „zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung“ zu überweisen.

Wahl eines Mitgliedes in die Bezirks-Commission für die Einkommensteuer. Der Provinzial-Landtag beschließt: als Mitglied der Bezirks-Commission des Regierungsbezirks Breslau für die klassifizierte Einkommensteuer an Stelle des verstorbenen Herrn von Falkenhäusel auf Wallisfurth aus der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen Herrn v. Löbbecke auf Eisendorf, Kreis Glatz, zu wählen.

Genehmigung zu einer Überschreitung der Kosten des Um- und Neubaues der Provinzial-Iren-Anstalt zu Cregzburg. Der Provinzial-Landtag beschließt: die Mehrausgabe von 7004,69 M. für den Um- und Nebau der Provinzial-Iren-Anstalt zu Cregzburg zu genehmigen.

Betreffend die Errichtung einer Waschanstalt für das Arbeits- und Landarmenhaus in Schweidnitz, beschließt der Provinzial-Landtag: die Vorlage des Provinzial-Ausschusses zu genehmigen.

Betreffend die Abmehrung der Gebäude des Landarmen-Verbandes beschließt der Provinzial-Landtag, daß bei der alljährlich aufzustellenden Berechnung des nach § 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 16. August 1871 nicht anzugreifenden Substanzvermögens des Landarmen-Verbandes ein Prozent des durch Sachverständige zu ermittelnden Wertes der Gebäude des Arbeits- und Landarmenhause zu Schweidnitz auf Abmehrung in Rechnung gestellt bzw. in Abrechnung gebracht wird.

Hauptverwaltungs-Etat des Provinzialverbandes von Schlesien pro 1881. Der Entwurf zeigt unter den fortlaufenden Einnahmen Dotations vom Staate 4,149,947 Mark, Verwaltungskostenbeiträge von provinziellen Instituten 80,600 M., Binsen 106,000 M., Auszeichnung auf den Provinzialverband 382,500 M., mit einigen kleineren Einnahmeposten zusammen 4,726,200 M. Unter den einmaligen Einnahmen ist ein außerordentlicher Zuschuß aus dem allgemeinen Reservefonds von 23,900 M. Die Summe aller Einnahmen beträgt somit 4,750,100 M. Unter den fortlaufenden Ausgaben werden in Ansatz gebracht: zur Verzinsung und Tilgung von Provinzial-Anleihen 57,581,62 Mark, an Kosten des Provinzial-Ausschusses 19,500 Mark, an Kosten für Kunst und Wissenschaft 93,000 Mark, für Landstrassen und Wegebau 3,026,993 Mark, zur Förderung von Landesmeliorationen 116,000 M., an Beihilfe für die Landkreise zur Durchführung der Kreisordnung 345,453 M., an Pensionen und Unterstützungen 12,000 M., Extraordinaria 2713,13 M., in Summa 4,726,200 M.; an einmaligen Ausgaben werden 23,900 M., und zwar 8900 M. für die Iren-Anstalt in Bunzlau und 15,000 M. für die in Brieg beansprucht. Die Gesammt-Ausgaben betragen daher wie die Einnahmen 4,750,100 M.

Der der Vorlage beigegebene Nachweis des durch den Etat nicht dargestellten Vermögens des Provinzial-Verbandes von Schlesien und der in der Verwaltung der Landeshauptkasse befindlichen Fonds, welcher am 18. October pr. ohne Rücksicht auf die damals noch nicht fälligen, seit dem letzten Zahlungstermine laufenden Binsen, abgestossen worden ist, führt an eigenhümlichen Fonds der ganzen Bevölkerung 143,620 M., an Diäten und Remunerationen 43,000 M., an Pensions- und Lebensversicherungsprämienzuschüssen 2000 M., Dispositionsfonds des Landeshauptmanns 5500 M., an fachlichen Ausgaben für die Provinzialverwaltung 28,500 M., zur Unterhaltung des Ständehauses 6250 M., zur Unterhaltung der Provinzialirrenanstalten 596,142 M., zur Subvention der Taubstummen-, Blinden- und Idiotenanstalten 100,710 M., zur Unterhaltung milden Stiftungen, Rettungs- und anderer Wohltätigkeitsanstalten 20,752,25 M., an Kosten der Zwangserziehung verwahrloster Kinder 22,000 M., zur Unterhaltung der Hebammenlehrinstitute 27,935 M., zur Unterhaltung des landwirtschaftl. Unterrichts 23,100 M., für Kunst und Wissenschaft 93,000 M., für Landstrassen und Wegebau 3,026,993 M., zur Förderung von Landesmeliorationen 116,000 M., Beihilfe an Landkreise zur Durchführung der Kreisordnung 345,453 M., Pensionen und Unterstützungen 12,000 M., Extraordinaria 2713,13 M., die Summe der fortlaufenden Ausgaben beträgt 4,726,200 M., hierzu treten an einmaligen Ausgaben 23,900 M., so daß sich die Summe aller Ausgaben auf 4,750,100 M. bezieht. Der Nachweis des durch den Etat nicht festgestellten Vermögens des Provinzialverbandes von Schlesien und der in der Verwaltung der Landeshauptkasse befindlichen Fonds ergibt an der ganzen Provinz eigenhümlichen Fonds ein Aktivvermögen von 2,634,485,28 M., an eigenhümlichen Fonds der ganzen Provinz mit Auschluß der Oberlausitz 3,695,244,63 M., und in Verwaltung des Provinzialausschusses, bei der Landeshauptkasse befindlichen Fonds 7,604,948,20 M., oder im Ganzen 13,934,678,06 Mark als Aktiva auf.

Der Ausschuß beantragt: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen: den Etat in der vorliegenden Form mit der Maßgabe zu genehmigen, daß unter einmaligen Einnahmen und Ausgaben gleichmäßig der Beitrag von 1272 M. in Ansatz kommt und ihn demnach in Einnahme und Ausgabe auf je 4,751,372 M. festzustellen.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Der Herzog von Ratibor übernimmt wieder den Vorsitz. Landtags-Dispositionsfonds. Der Ausschuß beantragt: der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

a. aus seinen Dispositionsfonds pro 1881:

- | | |
|--|----------|
| 1) zu Subventionen für die Unterhaltung der Reitershäuser | 20000 M. |
| 2) zu Subventionen für die Unterhaltung der Waisenhäuser | 7000 = |
| 3) zu Subventionen für die Unterhaltung der Anstalten für Kinderpflege und Erziehung | 6000 = |
| 4) zu Subventionen für die Unterhaltung von Herbergen | 6000 = |
| 5) zu Subventionen für die Unterhaltung der Krankenanstalten | 26000 = |
| 6) zur Subvention der Stiftung zur Unterbringung bejahrter Lehrerinnen in Breslau | 1500 = |
| 7) zur Subvention des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins | 1500 = |
| 8) zur Subvention des Pestalozzi-Vereins in Liegnitz | 1000 = |

9) einmalige Beihilfe an den Actien-Verein „Zoologischer Garten“ in Breslau	3000 M.
10) dem Museum Schlesischer Alterthümer in Breslau	1500 =
11) der Armen-Direction in Breslau für früher in natura verabreichte Brennholz	525 =
12) dem Kinder-Hospitale zur Ehrenspalte in Breslau	74 =
13) zur Subvention einzelner Personen	2000 =
14) zur Disposition des Provinzial-Ausschusses	20000 =
zusammen	96,099 M.

zu bewilligen und dem Provinzial-Ausschuß die Subrepartition der Beiträge ad 1 bis 5 und 13 mit der Verpflichtung zur Berichterstattung hierüber sowie über die Verwendung des Beitrages ad 14 zu überlassen, b. sämliche Beiträge ad 6, — sub 14 soweit der Bestand des Dispositionsfonds ausreicht, unter denselben Modalitäten auch pro 1882 zu bewilligen, wenn der Provinzial-Landtag nicht vor dem Februar 1882 wieder zusammenentreten sollte, c. die der Vorlage beiliegenden Gesuche, soweit sie nicht durch die Beschlüsse sub a, 9 und 10 ihre Erledigung gefunden haben, dem Provinzial-Ausschuß zur Prüfung und eventuellen Veräußerung zu überweisen.

Nach kurzer Discussion beschließt der Provinzial-Landtag nach den Anträgen des Ausschusses mit dem von Abg. Grafen Gedlik zu dem Antrag b vorgeschlagenen Zusatz, nach dem nur diejenigen Beiträge pro 1882 nicht weiter bewilligt werden sollen, bei denen die Boraussetzung der Bevollmächtigung pro 1881 nicht mehr vorhanden.

Ausführung des Beschlusses des XXVII. Provinzial-Landtages bezüglich der durch die vorjährigen Überschwemmungen in der Provinz verhinderten Beschädigungen und Notstände. Der Provinzial-Landtag beschließt: von dem Reichsstaatsberichte des Provinzial-Ausschusses über die Bewilligung der vor dem XXVII. Provinzial-Landtag zur Belämpfung des Notstands aus dem Provinzial-Darlehnsfonds im Betrage von 1,500,000 Mark aus dem allgemeinen Reservefonds im Betrage von 500,000 Mark, zusammen 2,000,000 Mark zur Disposition gefestigte Mittel mit der Maßgabe Kenntnis zu nehmen, daß aus dem Begebaufonds der Betrag von 150,000 Mark in den Notstandsfoonds zurückzutransferieren, dieser Betrag von 150,000 Mark dem Kreise Rybnik als Darlehn auf Grund der am 16. December 1879 ausgeschriebenen Bewilligung zu geben und mit der Verwendungsnachweis mit 750,800 M. zu Darlehen, mit 1,249,200 Mark zu Notstands-Begebauprämien, zusammen mit 2,000,000 Mark geführt ist.

Bestellung eines Commissars für die Provinzial-Feuer-Societäten. Der Ausschuß beantragt:

der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

die beiden Reglements-Nachträge zu genehmigen und den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, dieselben zusammen mit den anderweit vorliegenden Elaboraten auf dem Gebiet der Verfassung des Feuer-Societätswesens, sofern die letzteren die Zustimmung des Provinzial-Landtags finden, event. als selbstständige Vorlage der lgl. Staatsregierung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Anstellung eines vierten und fünften Oberbeamten.

Der Ausschuß beantragt:

der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

- 1) die Anstellung eines vierten und fünften Oberbeamten zu genehmigen;
- 2) zu diesem Behuf das Statut des Provinzialverbandes durch den folgenden Nachtrag zu ergänzen;

„Die Zahl der durch § 3 der statutarischen Anordnungen II vom 10. Februar 1877 dem Landeshauptmann zugeordneten Oberbeamten wird um zwei Landesträthe vermehrt. Dieselben müssen entweder zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst im Staate befähigt sein.“

- 3) Für den Fall, daß die Allerhöchste Genehmigung erteilt wird, die Wahlen der vierten und fünften Oberbeamten folglich zu vollziehen;
- 4) zum vierten Oberbeamten den Oberbürgermeister Winkler zu Neisse zu wählen und demselben ein Gehalt von 6000 M. unter Zusicherung von Alterszulagen gemäß Landtags-Beschluß vom 16. December 1876, einen Wohnungsgeldzuschuß von 660 Mark und nach § 37 des Beamten-Reglements eine Pensionsberechtigung zu gewähren, als wenn er schon 12 Jahre im Provinzialdienst stände,
- 5) zum fünften Oberbeamten den Assessor von Nordenflicht zu Breslau zu wählen, demselben ein Ansangsgehalt von 4500 M. unter Zusicherung von Alterszulagen gemäß Landtags-Beschluß vom 16. December 1876 und einem Wohnungsgeldzuschuß von 660 Mark zu gewähren und ihm im Falle einer Pensionierung die im Staatsdienste verbrachte Zeit anzzurechnen.

Abg. Halberstadt beantragt, der Landtag wolle nur die Anstellung eines 4. Oberbeamten genehmigen, die des 5. dagegen ablehnen und den Landeshauptmann zu ermächtigen, nothwendigen Fällen Hilfskräfte zu engagieren, event. über die Anstellung eines 5. Oberbeamten erst durch den nächsten Landtag Beschluß fassen zu lassen. — Die Abg. Graf d' Haussonneville und von Sydow erklären sich mit Rücksicht auf den thatsächlichen enorm gewachsenen Umfang der Geschäfte der Provinzial-Verwaltung ganz entchieden für die Anstellung auch des 5. Oberbeamten und bitten den Antrag des Ausschusses zu zustimmen. Für dieselben spricht noch Abg. Ordner Graf Hendel von Donnersmarck. Bei der Abstimmung beschließt der Provinzial-Landtag, unter Ablehnung des Antrages Halberstadt, daß der Vorsitzende des Ausschusses anzunehmen. Die Wahl der Oberbeamten Oberbürgermeister Winkler und Assessor von Nordenflicht wird durch Acclamation vollzogen.

Erweiterung der Provinzial-Hilfsklasse. Der Provinzial-Landtag beschließt:

- 1) Stellvertreter der Mitglieder der Direction der Provinzial-Hilfsklasse
- 2) Herrn Geheimen Regierungsrath von Woyrsch auf Piltschin,
- 3) Herrn Banquier Gideon von Wallenberg-Pachaly in Breslau,
- 4) Herrn Grafen von Harrach auf Klein-Sägewitz zu wählen.

Der Vorsitzende: Herzog von Ratibor, teilt mit, daß Oberbürgermeister Winkler in Folge der auf ihn gefallenen Wahl zum Landesträther sein Amt als Mitglied des Provinzialausschusses niedergelegt habe. Der Vorsitzende stellt anheim, die dadurch nothwendig werdende Neuwahl noch neu vorzunehmen. Dieselbe wird sofort vollzogen und auf Vorschlag des Abg. Staatsminister a. D. Friedenthal durch Acclamation der bisherige Stellvertreter Oberbürgermeister Kuper-Beuthen gewählt. Als stellvertretendes Mitglied des Provinzialausschusses für Oberbürgermeister Kuper wird ebenfalls durch Acclamation Bürgermeister Engel-Neustadt gewählt.

Der Vorsitzende constatirt, daß der Landtag am Schlus seiner Geschäfte überhaupt angelangt sei und giebt einen Überblick über die in dieser Session erledigten Vorlagen.

Der Vorsitzende, Herzog von Ratibor, spricht dem Landeshauptmann und den Herren vom Provinzial-Ausschuß und der Verwaltung den Dank für ihre Thätigkeit aus, ebenso den Abgeordneten für das dem Präsidium entgegen gebrachte Wohlwollen. — Abg. Schäffer spricht, als ältestes Mitglied, dem Vorsitzenden, Herzog von Ratibor, den Dank der Verfassung aus, der dieselbe durch Erheben von den Blättern zum Ausdruck bringt.

Der Oberpräsident von Sydewitz constatirt den Fleiß, den der Landtag bei den Beratungen der reichen Fülle von Vorlagen bewiesen. Er erkenn die Fürsorge an, den derselbe durch die Bemühungen ausreichender Mittel für die Nothstände der Provinz getroffen, wobei er auf die wichtigsten diesbezüglichen Vorlagen, Landeskultur-Rentenbank, Erweiterung der Provinzial-Hilfsklasse u. s. w. speziell hinweist.

Im allerdrücklichsten Auftrage Sr. Majestät des Königs erklärt gegen 4 Uhr der königl. Landtags-Commissarius den XXVII. schlesischen Provinzial-Landtag für geschlossen. — Mit einem vom Vorsitzenden, Herzog von Ratibor, auf Sr. Majestät den König ausgebrachten dreimaligem Hoch trennte sich die Versammlung.

bei Gelegenheit der Befürchtungen einer Typhus-Epidemie erprobten Umsicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln treffen werden. Wir meinen aber, daß, nachdem die Revaccination in Deutschland als Schutz gegen Poden-erkrankung sich so glänzend bewährt hat, unsere Bevölkerung auch ohne den Druck unserer Sanitätspolizei von selbst darauf halten sollte, sich dieses bequemen Schutzmittels gegen die Gefahr der Podenkrankheit zu bedienen.

Aus den bis jetzt eingegangenen Anmeldungen für das zu Breslau Ende Mai stattfindende fünfte schlesische Musikfest, ergiebt sich daß ein voraussichtlich noch zahlreicher Chor als bei den früheren Festen mitwirken wird. Die Städte Freiburg, Jauer, Görlitz, Hirschberg, Landeshut, Waldenburg, Altstädt, Oels, beteiligen sich mit 296 Singenden. Diese, vereinigt mit den Kräften der Breslauer Sing-Akademie von über 400 singenden Mitgliedern, würden den stattlichen Chor von etwa 700 Personen ergeben. Die Textbücher der bisherigen Feste wiesen nach beim ersten zu Hirschberg: 481, beim zweiten zu Breslau: 553, beim dritten zu Görlitz: 513, beim vierten zu Görlitz: 577 Chorsänger.

Eine Verfügung der königl. Regierung in Liegnitz verpflichtet die Local-Schulinspektoren zu einem zweimaligen Besuch der Schulen in jedem Monate und verlangt darüber einen Revisionsbericht in das Fortschrittsbuch zu machen; den Lehrern aber wird unterfragt, fernerhin das Amt eines Gerichtsschreibers, Schiedsmannes, Rendanten, Agenten u. c. bekleiden zu dürfen; nur Kirchen- und Wohlthätigkeitsklassen können von ihnen verwaltet werden.

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Bei der Gründung der unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Banquier Beyersdorf stattgehabten Sitzung sind zunächst die Einführung und Verpflichtung einiger neu eintretenden Stadtverordneten seit

Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung unter Ablehnung der Anträge Steuer und Morgenstern nach den Anträgen des Magistrats die Plasterung der Stadtgrabenstraße, der Rosenthaler- und der Friedrich-Wilhelmstraße und die Kosten mit 345,800 M. zu genehmigen.

Der Filialkirchhof der Parochie zu St. Maria-Magdalena bei Moabitsham wird voraussichtlich Ende dieses Jahres voll belegt sein. Magistrat beantragt daher, die Stadtv.-Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären:

- 1) daß für die Parochie zu St. Maria-Magdalena ein neuer Filialkirchhof angelegt werde;
- 2) daß die Mittel zum Ablauf des hierzu erforderlichen Aderstüdes mit 18,000 Mark sowie die Mittel zur Deckung der veranlagten Einrichtungskosten dieses Filialkirchofes, mit den Kosten für den Bau einer Leichenhalle per 10,403,18 Mark mit 19,400 Mark, zusammen 37,500 Mark aus dem Aktiv-Bergrund der Kirche zu St. Maria-Magdalena entnommen werden, mit der Maßgabe, daß der durch diese Capitalenintheit bei der Kirchklasse entstehende Ausfall an Hinsen voll gedeckt werde aus den für Erbbegräbnisplätze des Parochial-Kirchofes gewonnenen Eriträgen, welche bisher capitalistisch waren.

Die Kirchencommission empfiehlt Genehmigung der Magistratsanträge. Stadtv. Kirschner kann dem Magistratsantrag nicht zustimmen. So lange die Communalplätze existieren, habe die Stadt keine Veranlassung im Gegenjahr zu dem Gedanken, aus dem die Communalbegräbnisplätze erichtet sind, Mittel zu bewilligen, um für einzelne Kirchen Begräbnisplätze zu beschaffen. Zu diesem allgemeinen Gesichtspunkte trete der besondere Umstand, daß überhaupt kein Bedürfnis für den fraglichen Kirchhof vorhanden sei. Wenn in der Magistratsvorlage gefragt werde, der Kirchhof werde aus Mitteln der Kirche St. Maria-Magdalena angelauft, und die Kaufsumme verzinnt, so sei dies nicht zutreffend, so lange die Kirche städtische Aufzüge beziehe. Er bitte die Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Seidel bitte mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit bei der Wichtigkeit derselben die Vorlage für die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Vertragungsantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Sturm hebt den Ausführungen des Stadtv. Kirschners gegenüber herbor, daß aus dem angestammten Capital der Kirche, nicht aus den Einnahmen der Kirche, der Kirchhof gelauft werden solle.

Stadtv. Morgenstern constatirt, daß die derselben jetzt vom Stadtv. Kirschner geltend gemachten Bedenken von ihm (Redner) bereits in der Commission geäußert wurden. Er empfiehlt den Antrag Kirschner.

Bürgermeister Dicibusch constatirt, daß die Begräbnisplätze von St. Maria-Magdalena, bei der großen Zahl der dort stattfindenden Beerdigungen einer Erweiterung bedarflos seien und glaube, daß eine Mehrbelastung der Stadt als Patronatsbehörde bei der Genehmigung der Vorlage nicht zu befürchten sei. Es sei ausdrücklich der Kirchengemeinde die Verpflichtung auferlegt worden, die Erbbegräbnisse nicht mehr zur Capitalisierung, sondern zur Deckung der Kosten für die Kirchhofserweiterungen zu verwenden, resp. die Anlagekosten zu verzinsen.

Stadtv. Kirschner hält seine Ansicht aufrecht, daß die Zahlung eines Capitals seitens der Kirche derselben einen Zinsgewinn entziehe und somit den städtischen Zuschuß erhöhe, anders sei dies mit der Vergütung, welche allerdings die Klammer nicht weiter belaste. Trotz der Ausführungen des Bürgermeisters Dicibusch hält Stadtv. Kirschner seine Ansicht aufrecht. Eine Erweiterung des Magdalenen-Kirchofes sei geradezu eine Schädigung der Communal-Begräbnisplätze, da letztere dann noch weniger durch Erbbegräbnisse geschmälzt würden.

Oberbürgermeister Friedensburg ist mit dem Stadtv. Kirschner darin einverstanden, daß die Stadt keine Veranlassung habe, für die Magdalenekirche einen Begräbnisplatz zu erwerben, er bestreitet jedoch unter eingehendem Vortrag den Sachlage, daß der Stadt hierbei irgend welche Zufüsse zur Last fielen. Durch die Einrichtung der Communalkirchöfe, die ein durchaus gutes Werk sei, sei der Kirche kein Zwang auferlegt worden. Sobald unsere finanzielle Lage dadurch nicht schlechter wird, haben wir keine Veranlassung, dem Anlauf entgegenzustehen. Er empfiehlt dringend die Annahme des Magistratsantrages.

Stadtv. Simon tritt den Ausführungen des Oberbürgermeister Friedensburg bezüglich der Finanzfrage bei, vermißt den Nachweis des Bedürfnisses und glaubt für Ablehnung des Antrages stimmen zu müssen. Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Stadtv. Groß empfiehlt die Magistratsvorlage.

Stadtv. Kirschner gibt zu, daß ein finanzieller Nachteil für die Stadt nicht entstehen könne, erklärt seinerseits für die Selbstständigkeit der Kirche einzutreten, glaubt jedoch als Vertreter der bürgerlichen Commune aus prinzipiellen Gründen bei seinem Ablehnungs-Antrag stehen bleiben zu müssen.

Ein erneuter Schlusshandlung wird angenommen. — Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung die Magistratsvorlage abzulehnen.

Wahl eines unbefoldeten Stadtrathes. Stadtv. Friedländer erklärt Namens des als Candidaten in Aussicht genommenen Stadtv. Seidel I., daß derselbe unter keinen Umständen eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen geneigt sei. Er bitte die Wahl zu verlängern.

Stadtv. Storch bittet, die Wahl heut vorzunehmen. Stadtv. Geier empfiehlt Verlängerung. Die Stadtv. Lieke, Fromberg, Storch sprechen gegen, Stadtv. Simon für die Verlängerung. Nach einigen persönlichen Vermerkungen, wobei Stadtv. Wedlo erklärt, daß er nicht in der Lage sei, eine auf ihn fallende Wahl als Stadtrath anzunehmen, wird bei der Abstimmung die Verlängerung der Stadtrathswahl mit 40 gegen 38 Stimmen beschlossen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr.

- d. [Wählen in städtische Ehrenämter.] Zu wählen sind in nächster Zeit in städtische Ehrenämter: 1 Vorsteher für die kath. Clementarschule Nr. XXIII.; je 1 Schiedsmann für den Antonien-, Barbara-, Barmherzige Brüder-, Dorotheen-, drei Berge-, Goldene Radegasse-, Johannes-, Katharinen-, Mühlen- und Bürgerwerder-, Neudorf-Commende; (I. Abth.), Neuheitnig-, Rosen- (II. Abth.), Schlachthof-, Schloß-, Schweidnitzer Anger- (VI. Abth.) und Zwinger-Bezirk; je 1 Waisenrat für den Siebenadretzhof und für den Matthias-Bezirk; 3 Mitglieder in die Commission zur Einschätzung communalsteuerpflichtiger Personen, welche weder zur Staats- noch Klassensteuer eingeholt sind; 1 Pachthof-Deputierter; 1 Mitglied für den Schiedsgerichts-Vorstand; je 1 Schiedsmann für den Neue Welt- und den Theater-Bezirk; 1 Mitglied in die Post- und Deconomie-Deputation; 3 Revisoren und 3 Stellvertreter für die Stadt-Hauptpost; 4 Civil-Mitglieder und 4 Stellvertreter für die Militär-Orts-Commission; 1 Mitglied in den Vorstand des Polizeigefängnisses; je 1 Mitglied für den Nicolai-Bezirk (I. Abth.) und den Ursulinen-Bezirk; endlich 1 Mitglied in die Grundeigentums-Deputation. — Etwaige Vorschläge aus der Bürgerschaft sind an die Wahl- und Verfassungs-Commission der Stadtverordneten-Versammlung zu richten.

= [Personal-Nachrichten.] Bestätigt: die Vocationen für den bisherigen Lehrer Grabs in Riettau, Kreis Glogau, zum zweiten Lehrer an der evangelischen Schule in Grambsch, für den bisherigen Lehrer Stempel in Ulbersdorf zum Lehrer an der evangelischen Schule in Neutau, Kreis Spottau, für den Seminar-Abiturienten Schwarzenberg zum Lehrer an der evangelischen Schule zu Steinbach-Bogelsdorf, Kreis Lauban, für den bisherigen Hilfslehrer Herschel in Krummhübel zum Lehrer, Organisten und Küster bei der katholischen Schule resp. Kirche zu Seifersdorf, Kreis Buzlau, sowie die erfolgte Wahl des Kaufmanns Fünfer in Hoyerswerda zum unbesoldeten Rathsherrn und die Wiederwahl des Kaufmanns Wittwer in Jauer zum unbesoldeten Rathsherrn. — Übertragen: dem Seminar-Director und Prediger Büchner in Niesky die Local-Schulinspektion über die Schule in Döbern. — Bestätigt: die Vocation für den bisherigen wissenschaftlichen Hilfslehrer Hering zum ordentlichen Lehrer am städtischen evang. Gymnasium zu Buzlau.

Übertragen: dem prakt. Arzt Dr. Gruber in Cregenburg die commiss. Verwaltung der Physikalische des Kreises Cregenburg.

- d. [Habilitation.] Sonnabend, den 15. d. Mts., Mittags 12 Uhr, wird der Licentiat der Theologie Gustav Hoffmann befußt seiner Habilitation als Privatdozent in der evangelisch-theologischen Facultät seine Antrittsrede über den Einfluß der antiken Romanliteratur auf christliche Legenden im Musikaale derselber Universität öffentlich halten.

- d. [Universitäts-Stipendien.] Diejenigen Studirenden der katholischen Theologie, welche sich um die von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten zu bewerben gehalten, haben ihre biesbezüglichen, an die katholisch-theologische Facultät zu richtenden Eingaben spätestens bis zum 18. d. M. beim Defan, Prof. Dr. Lämmer, einzureichen. Den Eingaben sind die üblichen Beugnisse beizulegen. — Um den am 10. Januar er. zur Verlosung ausgeschriebenen, für einen Studirenden der Rechte protestantischer Confession aus Schlesien bestimmten Aufteil des Werlineuschen Stipendiums hat sich Niemand beworben. Es ist daher ein neuer

Verlosungsstermin auf den 5. Februar, Vormittags 11 Uhr, angestellt. Bewerbungsberechtigt sind in 2. Linie Studirende der Rechte protestantischer Confession aus der Mark, im Ermangelungsfalle dann Studirende der Rechte katholischer Confession.

- d. [Studenten-Versammlung.] Freitag, den 14. d. Mts., Abends 6 Uhr, findet im Auditorium maximum der Universität eine Studenten-Versammlung statt, um darüber zu berathen, wie die für den 18. d. M. bevorstehende Feier des zehnjährigen Geburtstages des neuen Deutschen Reiches seitens der biesigen Studentenschaft zu begehen sei.

- X. [Stadttheater.] Der gestrige Abend brachte den Theaterbesuchern eine doppelte Überraschung. Einmal sang Herr Wahlfel statt des Chapelou den Manrico im „Troubadour“, ebenfalls eine seiner Paraderollen, da die angelüstigte Aufführung des „Postillon von Jonquemar“ wegen plötzlicher Unmöglichkeit des Fr. von Hasselt-Barth nicht stattfinden konnte. Wiewohl namentlich im zweiten Act weniger glücklich disponirt, als an den vorhergehenden Abenden, elektrifizierte unser berühmter Gast das Publikum durch seine immer noch unvergleichlich schöne Stimme. Die Streite im dritten Act mußte er, da der tobende Beifall sich nicht legen wollte, nach langem Zögern wiederholen. — Die zweite Überraschung des Abends war das Wiederauftreten des Herrn Hermann in der Rolle des Grafen Luna, nachdem derselbe seit längerer Zeit nicht auf der Bühne erschienen. Die einmütige herliche Ovation von Seiten des Publikums am Schluß des zweiten Act, nach welchem der Sänger einen Lorbeerkrantz erhielt und durch minutenlangen, spontanen Beifall ausgezeichnet wurde, war das beredteste Zeugnis für die allgemeine Beliebtheit des vorzeitlichen Künstlers, dessen unerwartetes Wiederauftreten am gestrigen Abend von allen Seiten freudig begrüßt wurde. — Das Haus war, obwohl die Vorstellung erst in letzter Stunde abgeändert worden war, mit Ausnahme einiger Läden im ersten Rang auf allen Plätzen ausverkauft.

Stadtv. Kirschner kann dem Magistratsantrag nicht zustimmen. So lange die Communalplätze existieren, habe die Stadt keine Veranlassung im Gegenjahr zu dem Gedanken, aus dem die Communalbegräbnisplätze erichtet sind, Mittel zu bewilligen, um für einzelne Kirchen Begräbnisplätze zu beschaffen. Zu diesem allgemeinen Gesichtspunkte trete der besondere Umstand, daß überhaupt kein Bedürfnis für den fraglichen Kirchhof vorhanden sei. Wenn in der Magistratsvorlage gefragt werde, der Kirchhof werde aus Mitteln der Kirche St. Maria-Magdalena angelauft, und die Kaufsumme verzinnt, so sei dies nicht zutreffend, so lange die Kirche städtische Aufzüge beziehe. Er bitte die Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Seidel bitte mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit bei der Wichtigkeit derselben die Vorlage für die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Vertragungsantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Sturm hebt den Ausführungen des Stadtv. Kirschners gegenüber herbor, daß aus dem angestammten Capital der Kirche, nicht aus den Einnahmen der Kirche, der Kirchhof gelauft werden solle.

Stadtv. Morgenstern constatirt, daß die derselben jetzt vom Stadtv. Kirschner geltend gemachten Bedenken von ihm (Redner) bereits in der Commission geäußert wurden. Er empfiehlt den Antrag Kirschner.

Bürgermeister Dicibusch constatirt, daß die Begräbnisplätze von St. Maria-Magdalena, bei der großen Zahl der dort stattfindenden Beerdigungen einer Erweiterung bedarflos seien und glaube, daß eine Mehrbelastung der Stadt als Patronatsbehörde bei der Genehmigung der Vorlage nicht zu befürchten sei. Es sei ausdrücklich der Kirchengemeinde die Verpflichtung auferlegt worden, die Erbbegräbnisse nicht mehr zur Capitalisierung, sondern zur Deckung der Kosten für die Kirchhofserweiterungen zu verwenden, resp. die Anlagekosten zu verzinsen.

Stadtv. Kirschner hält seine Ansicht aufrecht, daß die Zahlung eines Capitals seitens der Kirche derselben einen Zinsgewinn entziehe und somit den städtischen Zuschuß erhöhe, anders sei dies mit der Vergütung, welche allerdings die Klammer nicht weiter belaste. Trotz der Ausführungen des Bürgermeisters Dicibusch hält Stadtv. Kirschner seine Ansicht aufrecht. Eine Erweiterung des Magdalenen-Kirchofes sei geradezu eine Schädigung der Communal-Begräbnisplätze, da letztere dann noch weniger durch Erbbegräbnisse geschmälzt würden.

Oberbürgermeister Friedensburg ist mit dem Stadtv. Kirschner darin einverstanden, daß die Stadt keine Veranlassung habe, für die Magdalenekirche einen Begräbnisplatz zu erwerben, er bestreitet jedoch unter eingehendem Vortrag den Sachlage, daß der Stadt hierbei irgend welche Zufüsse zur Last fielen.

Durch die Einrichtung der Communalkirchöfe, die ein durchaus gutes Werk sei, sei der Kirche kein Zwang auferlegt worden. Sobald unsere finanzielle Lage dadurch nicht schlechter wird, haben wir keine Veranlassung, dem Anlauf entgegenzustehen. Er empfiehlt dringend die Annahme des Magistratsantrages.

Stadtv. Simon tritt den Ausführungen des Oberbürgermeister Friedensburg bezüglich der Finanzfrage bei, vermißt den Nachweis des Bedürfnisses und glaubt für Ablehnung des Antrages stimmen zu müssen. Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Stadtv. Groß empfiehlt die Magistratsvorlage.

Stadtv. Kirschner gibt zu, daß ein finanzieller Nachteil für die Stadt nicht entstehen könne, erklärt seinerseits für die Selbstständigkeit der Kirche einzutreten, glaubt jedoch als Vertreter der bürgerlichen Commune aus prinzipiellen Gründen bei seinem Ablehnungs-Antrag stehen bleiben zu müssen.

Ein erneuter Schlusshandlung wird angenommen. — Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung die Magistratsvorlage abzulehnen.

Wahl eines unbefoldeten Stadtrathes. Stadtv. Friedländer erklärt Namens des als Candidaten in Aussicht genommenen Stadtv. Seidel I., daß derselbe unter keinen Umständen eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen geneigt sei. Er bitte die Wahl zu verlängern.

Stadtv. Storch bittet, die Wahl heut vorzunehmen. Stadtv. Geier empfiehlt Verlängerung. Die Stadtv. Lieke, Fromberg, Storch sprechen gegen, Stadtv. Simon für die Verlängerung. Nach einigen persönlichen Vermerkungen, wobei Stadtv. Wedlo erklärt, daß er nicht in der Lage sei, eine auf ihn fallende Wahl als Stadtrath anzunehmen, wird bei der Abstimmung die Verlängerung der Stadtrathswahl mit 40 gegen 38 Stimmen beschlossen.

Schluss der Sitzung 7 Uhr.

- d. [Wahlen in städtische Ehrenämter.] Zu wählen sind in nächster Zeit in städtische Ehrenämter: 1 Vorsteher für die kath. Clementarschule Nr. XXIII.; je 1 Schiedsmann für den Antonien-, Barbara-, Barmherzige Brüder-, Dorotheen-, drei Berge-, Goldene Radegasse-, Johannes-, Katharinen-, Mühlen- und Bürgerwerder-, Neudorf-Commende; (I. Abth.), Neuheitnig-, Rosen- (II. Abth.), Schlachthof-, Schloß-, Schweidnitzer Anger- (VI. Abth.) und Zwinger-Bezirk; je 1 Waisenrat für den Siebenadretzhof und für den Matthias-Bezirk; 3 Mitglieder in die Commission zur Einschätzung communalsteuerpflichtiger Personen, welche weder zur Staats- noch Klassensteuer eingeholt sind; 1 Pachthof-Deputierter; 1 Mitglied für den Schiedsgerichts-Vorstand; je 1 Schiedsmann für den Neue Welt- und den Theater-Bezirk; 1 Mitglied in die Post- und Deconomie-Deputation; 3 Revisoren und 3 Stellvertreter für die Stadt-Hauptpost; 4 Civil-Mitglieder und 4 Stellvertreter für die Militär-Orts-Commission; 1 Mitglied in den Vorstand des Polizeigefängnisses; je 1 Mitglied für den Nicolai-Bezirk (I. Abth.) und den Ursulinen-Bezirk; endlich 1 Mitglied in die Grundeigentums-Deputation. — Etwaige Vorschläge aus der Bürgerschaft sind an die Wahl- und Verfassungs-Commission der Stadtverordneten-Versammlung zu richten.

= [Personal-Nachrichten.] Bestätigt: die Vocationen für den bisherigen Lehrer Grabs in Riettau, Kreis Glogau, zum zweiten Lehrer an der evangelischen Schule in Grambsch, für den bisherigen Lehrer Stempel in Ulbersdorf zum Lehrer an der evangelischen Schule in Neutau, Kreis Spottau, für den Seminar-Abiturienten Schwarzenberg zum Lehrer an der evangelischen Schule zu Steinbach-Bogelsdorf, Kreis Lauban, für den bisherigen Hilfslehrer Herschel in Krummhübel zum Lehrer, Organisten und Küster bei der katholischen Schule resp. Kirche zu Seifersdorf, Kreis Buzlau, sowie die erfolgte Wahl des Kaufmanns Fünfer in Hoyerswerda zum unbesoldeten Rathsherrn und die Wiederwahl des Kaufmanns Wittwer in Jauer zum unbesoldeten Rathsherrn. — Übertragen: dem Seminar-Director und Prediger Büchner in Niesky die Local-Schulinspektion über die Schule in Döbern. — Bestätigt: die Vocation für den bisherigen wissenschaftlichen Hilfslehrer Hering zum ordentlichen Lehrer am städtischen evang. Gymnasium zu Buzlau.

Übertragen: dem prakt. Arzt Dr. Gruber in Cregenburg die commiss. Verwaltung der Physikalische des Kreises Cregenburg.

- d. [Habilitation.] Sonnabend, den 15. d. Mts., Mittags 12 Uhr, wird der Licentiat der Theologie Gustav Hoffmann befußt seiner Habilitation als Privatdozent in der evangelisch-theologischen Facultät seine Antrittsrede über den Einfluß der antiken Romanliteratur auf christliche Legenden im Musikaale derselber Universität öffentlich halten.

- d. [Universitäts-Stipendien.] Diejenigen Studirenden der katholischen Theologie, welche sich um die von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten zu bewerben gehalten, haben ihre biesbezüglichen, an die katholisch-theologische Facultät zu richtenden Eingaben spätestens bis zum 18. d. M. beim Defan, Prof. Dr. Lämmer, einzereichen. Den Eingaben sind die üblichen Beugnisse beizulegen. — Um den am 10. Januar er. zur Verlosung ausgeschriebenen, für einen Studirenden der Rechte protestantischer Confession aus Schlesien bestimmten Aufteil des Werlineuschen Stipendiums hat sich Niemand beworben. Es ist daher ein neuer

Verlosungsstermin auf den 5. Februar, Vormittags 11 Uhr, angestellt. Bewerbungsberechtigt sind in 2. Linie Studirende der Rechte protestantischer Confession aus der Mark, im Ermangelungsfalle dann Studirende der Rechte katholischer Confession.

- d. [Studenten-Versammlung.] Freitag, den 14. d. Mts., Abends 6 Uhr, findet im Auditorium maximum der Universität eine Studenten-Versammlung statt, um darüber zu berathen, wie die für den 18. d. M. bevorstehende Feier des zehnjährigen Geburtstages des neuen Deutschen Reiches seitens der biesigen Studentenschaft zu begehen sei.

- X. [Stadttheater.] Der gestrige Abend brachte den Theaterbesuchern eine doppelte Überraschung. Einmal sang Herr Wahlfel statt des Chapelou den Manrico im „Troubadour“, ebenfalls eine seiner Paraderollen, da die angelüstigte Aufführung des „Postillon von Jonquemar“ wegen plötzlicher Unmöglichkeit des Fr. von Hasselt-Barth nicht stattfinden konnte. Wiewohl namentlich im zweiten Act weniger glücklich disponirt, als an den vorhergehenden Abenden, elektrifizierte unser berühmter Gast das Publikum durch seine immer noch unvergleichlich schöne Stimme. Die Streite im dritten Act mußte er, da der tobende Beifall sich nicht legen wollte, nach langem Zögern wiederholen. — Die zweite Überraschung des Abends war das Wiederauftreten des Herrn Hermann in der Rolle des Grafen Luna, nachdem derselbe seit längerer Zeit nicht auf der Bühne erschienen. Die einmütige herliche Ovation von Seiten des Publikums am Schluß des zweiten Act, nach welchem der Sänger einen Lorbeerkrantz erhielt und durch minutenlangen, spontanen Beifall ausgezeichnet wurde, war das beredteste Zeugnis für die allgemeine Beliebtheit des vorzeitlichen Künstlers, dessen uner

Als Erfolg der selbstredend bis in die zulässigste Instanz erhobenen Beschwerde bleibt jetzt mitzuhören, daß die drei ersten Gerichtsvollzieher eine Befreiung von der Einkommensteuer nicht erlangt haben, dagegen ist für alle die Eigenschaft als Staatsbeamte und demnach die beschränkte Einschätzung zur Communalsteuer nur mit der Hälfte des veranlagten Einkommens festgestellt worden. Die bislang zu viel erhobene Communalsteuer muß deshalb den Gerichtsvollziehern wieder erstattet werden. — Der unbehagliche Aufgang zur Kreissteuerkasse, zu welcher man nur auf zwei steilen, zum Theil finsternen Treppen gelangt, hat wiederholt und namentlich seit die gerichtlichen Bezugsgesetze dort ausgezahlt werden, zu Beschwerden geführt. Es ist daher eine Verlegung der Kreissteuerkasse angeregt und höheren Orts genehmigt worden, doch kommt hierbei die Lage der Kassenlokal in möglichster Nähe des Gerichts in Frage. Von den Öfferten der Haushalter hat, wie wir hören, diejenige für das Haus Dymosstraße 35 den Vorzug erhalten, und dürfte die Kreissteuerkasse bereits zum 1. Februar vorliegen.

R. Königshütte, 12. Jan. [Wahl städtischer Armenärzte zu Stadtverordneten.] Soeben habe ich Ihre Ausführungen, die im Rubrum bezeichnete Frage betreffend, in Beilage 1, Nr. 17 der "Breslauer Zeitung" gelesen und beeile mich, Ihnen zum Beweise, daß in dieser Beziehung tatsächlich verschiedene Ansichten zu bestehen scheinen, ergebnit mitzuhören, daß auch am hiesigen Orte 2 praktische Aerzte, nämlich die Herren Dr. Schottländer und Dr. Boronow, infsofern städtische Beamte sind, als sie gegen den Gehaltsbezug von je 300 M. jährlich das Amt eines städtischen Armen- bzw. eines städtischen Krankenhausarztes üben und doch gleichzeitig als Stadtverordnete fungieren. Die königliche Regierung soll — wie erzählt wird — damals, als die genannten Stadtverordneten um jene Communalämter sich beworben, und die Frage entstand, ob sie im Falle der Wahl auch fernerhin die Funktion eines Stadtverordneten über dürfen, ausdrücklich auf die gestellte Anfrage geantwortet haben, daß nichts im Wege siehe, ihnen Sitz und Stimme im Stadtverordneten-Collegium zu belassen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 13. Januar. [Landgericht. — Strafammer I. — Preihyprozeß.] Heut gelangte vor der unter Vorst. des Herrn Landgerichts-Director Bloch tagenden Strafammer I eine aus § 166 des Strafgesetzes erhobene Anklage gegen den Redakteur der "Schlesischen Volkszeitung", Herrn Konstantin Nowack, zur Verhandlung. Der erwähnte Paragraph lautet, insofern er auf diese Anklage Bezug hat: "Wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder einer andern mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft." Auf Grund dieses Paragraphen hatte der Vorstand der hiesigen Synagogengemeinde den Strafantrag gestellt und war demzufolge die Nullage seitens der königlichen Staatsanwaltschaft erhoben worden. — Die am 9. April 1880 zur Ausgabe gelangte, unter Berantwortlichkeit des Herrn Nowack erschienene Nummer der "Schlesischen Volkszeitung" enthielt eine aus "Alexandrien, den 31. März," datirte Correspondenz, worin gesagt wurde, "es sei bekannt, daß die Juden zum Passahfest Christenlinde schlachten, um deren Blut zur Fabrikation von Osterküchen zu benutzen." Als Beweis hierfür wurden mehrere Fälle erwähnt, welche angeblich der neuesten Zeit angehörten sollen und schließlich berichtet, daß in Damaskus in der Nacht vom 27. zum 28. März 1880 (dem Anfang des Passahfestes) ein Christentum ermordet aufgefunden worden sei. Derselbe habe auf einem Haufen Scherben und sonstigen Unrat gelegen, um den Glauben zu erwecken, daß derselbe nur verunglimpt sei, eine Meinung, welche von den Juden gänzlich verbreitet werde. Die Aufrégung in der Stadt sei sehr groß, insbesondere wollten die griechischen Matrosen die Häuser der Juden stürmen und deren Bewohner töten. Die Juden hätten ferner die dortigen Zeitungen und Journale bestochen, daß diese des Falles keine Erwähnung thun sollten, nur ein in Italien erschienenes Freimaurerblatt "Trümmeretta" habe den Bericht veröffentlicht ic." Es gelangte ein auf Ansuchen der hiesigen Synagogengemeinde durch den Generalconsul in Alexandrien erstatteter Bericht zur Verleugnung. In demselben wird bestätigt, daß in der im Berichte angegebenen Zeit in Damaskus ein toter Christenknabe auf der Straße gefunden worden sei. Die Aufrégung war allerdings sehr groß und es verbreitete sich das Gerücht, der Knabe sei von Juden ermordet worden. Die Untersuchung ergab jedoch sehr bald, daß der Knabe lediglich von der Tertia des Fundorte der Leiche zunächst liegende Häuse gesägt sei. Nachdem also erwiesen worden, daß lediglich ein Unglücksfall vorliege, legte sich die Aufrégung bald wieder. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Dr. Gerichtsassessor Wehner brachte gegen Hrn. Nowack eine viermonatliche Geängnistrafe in Antrag. Der Angeklagte gedachte des Culturmampfes und der Stellung, welche die "Schlesische Volkszeitung" in diesem Kampfe einnehmen müsse. Die liberalen Blätter haben seit Jahren die katholische Religion mit Schmut beworfen, indem sie ihrem Leserkreise Geschichten aus dem Mittelalter aufstößten oder neuerdings vorgekommene Unstüttlichkeit katholischer Priester mehr als ausführlich behandelten, da sie es der von ihm vertretenen Zeitung wahrlich nicht zu verdanken, wenn auch sie einmal eine ihr von glaubwürdiger Seite zugemommene Nachricht für wahr halte und gewissermaßen aus Nebenwegeln zum Abdruck bringe. Der Gerichtshof spricht die Verurtheilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängnis aus. Wenngleich die angebliche Ermordung aus Damaskus herrührte, so sei doch nicht zu verkennen, daß im Allgemeinen eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft vorliege, der Artikel sich also auch auf die in Deutschland lebenden Juden beziehen.

— [Reichsgerichts-Entscheidung.] Eine Person, welche unter der falschen Vorstellung, ein zuständiger Beamter zu sein, einen Anderen zur Constatirung seiner Persönlichkeit bestimmt und mit sich führt, macht sich nach einem Kenntnis des Reichsgerichts vom 7. Juli d. J. dadurch der Vergehen der Amtsausübung und der Freiheitsberaubung schuldig, selbst wenn diese Freiheitsberaubung nur sehr kurze Zeit dauerte und der bestimmmene sich leicht, z. B. durch Anrufen anderer Straßenpassanten hätte, befreien können und nur in der Meinung, einen zuständigen Beamten vor sich zu haben, davon Abstand genommen hat. Dieser Vergehen macht sich der Pseudobeamte selbst dann schuldig, wenn ihm als Privatmann die Sichtung des bestimmmten behufs Constatirung seiner Persönlichkeit erlaubt gewesen wäre.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

12 Schneidemühl, 12. Januar. [Bildungsverein.] Unsere Stadt hatte schon seit längerer Zeit einen Bildungsverein. Allmälig aber schwand die Theilnahme daran. Im Beginn des Jahres 1879 stand seine gänzliche Auflösung bevor. Da verlorde es Rector Ernst, Dirigent der städtischen höheren Töchterschule, den Verein aufs Neue zu beleben. Es ist ihm dies glänzend gelungen. Der Verein steht jetzt 78 Mitglieder. Der gestrige Jahresbericht constatierte eine Gesamteinnahme von 354,60 Mark. Das Vermögen des Vereins beläuft sich auf 201,16 Mark. Davon sollen 75 Mark zur Vergütung der Bibliothek aufgewendet werden. Zum Vorliegenden wurde Rector Ernst einstimmig wiedergewählt.

Handel, Industrie &c.

Breslau, 13. Januar. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in sehr günstiger Stimmung für Creditaciens und behielt dieselbe bis zur Nachbörsen, in welcher sich eine leichte Abschwächung bemerkbar machte. Heimische Bahnen in geringem Verkehr, nur Freiburger auf günstige Einnahmen zu gebesserten Coursen gefragt. Montanwerke unverändert und lustlos. Russische Werthe auf günstige Petersburger Nachrichten beliebt und wesentlich höher.

Breslau, 13. Januar. [Amtlicher Producent-Börsen-Bericht.] Kleefasat, rothe rubig, alte ordinär 20—25 Mark, mittel 26—30 Mark, fein 31—36 Mark, neue ordinär 25—28 Mark, mittel 36—38 Mark, fein 40—42 Mark, hochfein 43—46 Mark, exquisit über Notiz. — Kleefasat, weiss füll, neue ordinär 30—40 Mark, mittel 41—55 Mark, fein 56—65 Mark, hochfein 70—75 Mark, exquisit über Notiz. — Roggen (per 1000 Kilogr.) matter, gel. — Ctr., abgelaufene Kündigungsscheine —, per Januar 211 Mark Br., Januar-Februar 207 Mark Br., Februar-März 1. —, April-Mai 202,50 Mark bezahlt u. Br., Mai-Juni 202 Mark Br. u. Br. — Weizen (per 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., per lauf. Monat 204 Mark Br., April-Mai 209 Mark Br.

Häfer (per 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., abgelaufene Kündigungsscheine —, per lauf. Monat 178 Mark Br., April-Mai 144 Mark Br., Mai-Juni 147 Mark Br.

Raps (per 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., per lauf. Monat 240 Mark Br., 237 Mark Br. — Rübbi (per 100 Kilogr.) still, gel. — Ctr., loco 54,50 Mark Br., per Januar 52,50 Mark Br., Januar-Februar 52,50 Mark Br., Februar-März 1. —, April-Mai 52,50 Mark Br., Mai-Juni 53,25 Mark Br., September-Oktober 55,25 Mark Br. — Petroleum (per 100 Kilogr. 20 % Tara) loco und per Januar 32,50 Mark Br., 32 Mark Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 %) wenig verändert, gel. 10,000 Liter, per Januar 52,60 Mark bezahlt, Januar-Februar 52,80 Mark bezahlt, April-Mai 55,20 Mark bezahlt, Mai-Juni 55,50 Mark Br., Juni-Juli 56,50 Mark Br., Juli-August 1. —

Ginst unverändert. — Die Börsen-Commission.

Kündigungsspreize für den 14. Januar.

Roggen 211,00 Mark, Weizen 204,00, Häfer 138,00, Raps 240, —, Rübbi 52,50, Petroleum 32,50, Spiritus 52,60.

Breslau, 13. Januar. Preise der Getreanten.

Versteigerung der städtischen Markt-Deputation pro 200 Pfund = 100 Kilogr.

gute mittlere geringe Ware

höchster niedrigst. höchster niedrigst. höchster niedrigst.

Wheat, white 21 80 21 20 20 10 19 40 18 50 17 50

Wheat, yellow 20 80 20 50 19 70 19 20 18 — 17 —

Rye 21 10 20 80 20 30 19 80 19 50 19 —

Barley 16 50 16 — 15 30 14 70 13 — 12 20

Oats 15 — 14 70 14 10 13 50 13 — 12 20

Grain 20 30 19 50 19 — 18 50 18 — 17 30

Notizen der von der Handelskammer ernannten Commission

zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübbi.

Pro 200 Pfund = 100 Kilogramm.

feine mittlere ord. Ware

Raps 23 50 22 25 20 26

Winter-Rübbi 23 — 21 50 19 50

Sommer-Rübbi 23 — 21 50 19 50

Dotter 22 25 20 26 19 25

Schlagslein 25 25 23 — 22 25

Hansfaat 15 75 15 25 15 —

Kartoffeln, per Sac (zwei Neuschoffel à 75 Pf. Brutto = 75 Kilogr.)

wie 3,50—5,00 Mark, geringer 3,00 Mark,

per Neuschoffel (75 Pf. Brutto) besser 1,75—2,50 Mark, geringere 1,50 Mark,

oder 2 Liter 0,14—0,18 Mark.

Die Subbastationen in Breslau im Jahre 1880. Bericht von Carl Friedländer, Ring 58. Nachdem seit dem Jahre 1873 die Zahl der Breslauer Subbastationen sich in auffallender Linie bewegt hat, mache sich endlich im letzten Jahr eine erhebliche Abnahme der Zwangsversteigerungen bemerklich. Es kamen 1875 35, 1876 78, 1877 140, 1878 209, 1879 261 Grundstücke unter den Hammer, dagegen wurden im Jahre 1880 nur 143 gebaut und 20 unbebaute, zusammen 163 zum Stadtbezirk Breslau gehörige Grundstücke Schulen halber subbastiert, demnach haben gegen das vorangegangene Jahr die Subbastationen um 37% p. ct. abgenommen, und zwar beträgt die Abnahme bei den Zwangsversteigerungen bebauter 82, bei denen unbebauter 36, zusammen 98 Grundstücke. Von den subbastierten Häusern waren 123 mit einem Gesamt-Reinertrag von 483,854 Mark, und zwar 5 mit einem geringeren Reinertrag als 1000 Mark, 95 mit einem Reinertrag von 1000 bis 5000 Mark, 19 mit einem Reinertrag von 5000 bis 10,000 Mark und 4 mit einem höheren Reinertrag als 10,000 Mark zur Gebäudesteuer eingetragen und wurden für 4,498,849 Mark den Gebäudesteuer eingetragen; und durchschnittliche Reinertrag jedes eingeschätzten Hauses stellte sich demnach auf 3934 Mark, der Durchschnittspreis durchschnittlich auf 36,582 Mark, gleich dem 9% p. ct. hohen Reinertrag, während 1879 der Durchschnitts-Reinertrag der subbastierten Häuser auf 4539 Mark, deren Durchschnitts-Reinertrag durchschnittlich auf 44,440 Mark, gleich dem 9% p. ct. hohen Reinertrag sich belief; dieser Rückgang der Einschätzungen und der Preisgebote, der mit der im vorigen Jahre erfolgten Neu-Einschätzung resp. Einschätzungs-Erhöhung in Widerstreit steht, findet teilweise darin seine Erklärung, daß von den Subbastationen meistens vorstädtische Häuser betroffen wurden, bei denen in vielen Fällen im Gegensatz zu den besser gelegenen Grundstücken wesentliche Einschätzungen der Einschätzungen zur Gebäudesteuer erfolgt sind. Es ist in früheren Jahren bei diesen Einschätzungen viel gesündigt worden.

Der Veränderung der Lage der im vorigen Jahr subbastierten Grundstücke ergibt sich, daß davon

in der Obervorstadt 37 gebaut und 10 unbebaute, zusammen 47 Grundstücke, in der Sandvorstadt 36 gebaut und 5 unbebaute, zusammen 41 Grundstücke, in der Schweidnitzer Vorstadt 34 gebaut und 1 unbebautes, zusammen

35 Grundstücke,

in der Nicolai-Vorstadt 17 gebaut und 4 unbebaute, zusammen 21

Grundstücke,

in der Ohlauer Vorstadt 4 gebauten Grundstücke,

in der inneren Stadt 15 gebauten Grundstücke

gelegen sind. Nach der im letzten December erfolgten Zählung enthält Breslau 6061 gebauten Grundstücke, von diesen sind im vergangenen Jahre 2,34 p. ct. subbastiert worden; nach Stadtteilern stellt sich die Subbastations-Gesamt für die Ober-Vorstadt auf 5,07 p. ct., auf die Sandvorstadt auf 4,90 p. ct., für die Nicolai-Vorstadt auf 3,18 p. ct., für die Schweidnitzer Vorstadt auf 2,45 p. ct., für die innere Stadt auf 0,82 p. ct., für die Ohlauer Vorstadt auf 0,47 p. ct.

Bei 56 Subbastationen waren Boden-Credit-Banken beteiligt, 28 Grundstücke fielen ihnen zu, und zwar erstand je 8 die Pommersche Hypotheken-Bank in Görlitz und die Preußische Immobilien-Aktion-Bank in Berlin, 4 die Deutsche Grund-Credit-Bank in Gotha, je 2 die Braunschweig-Hannoversche Hypotheken-Bank, die Preußische Hypotheken-Aktion-Bank in Berlin, die Deutsche Hypotheken-Bank in Meiningen und die National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft in Stettin.

Im neu begonnenen Jahre zeigt sich eine weitere erhebliche Abnahme der Subbastationen.

Der Russisch-Österreichische Eisenbahnverkehr. Aus Lemberg wird gemeldet, daß die Getreidetarife der Kiew-Brest, Kaschow und Odessaer Bahn für Brody und Podwolotskaja, welche für den 13. Februar geltend gemacht werden, von diesem Tage an in bisheriger Höhe erneuert werden.

Zur Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses zum deutschen Zolltarif. Unter den deutschen Regierungen schwanken augenblicklich Verhandlungen über eine Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses, welches dem Zolltarif von 1879 beigegeben ist; der Bundesstaat wird sich verabschiedlich schon binnen Kurzem mit dieser Frage eingehend zu befassen haben. Es hat sich herausgestellt, daß die oft ungleichmäßige Auslegung des Tariffs in verschiedenen Staaten und selbst bei Hauptzollämtern desselben Staates auf die alzu große Eile zurückzuführen ist, mit welcher das Waarenverzeichnis hergestellt worden. Nicht bloss, daß dieses an erheblichen Stellen leidet, sondern es enthält vielfach geradezu Widersprüche, welche nicht immer durch eine milde Praxis behoben werden können. Es liegt denn auch für die bevorstehende Revision von einzelnen Regierungen bereits Anträge vor, die auf größere Übersichtlichkeit und Praktizität abzielen. Vor Allem wird die Angelegenheit der Verpolung von Weintrauben in Fässern, eine Frage, welche in vergangenen Herbst die beteiligte Geschäftswelt in eine starke Erregung versetzt hat, definitiv geordnet werden. Durch die sorgfältigen Darlegungen der Interessenten haben süddeutsche Regierungen die Überzeugung gewonnen, daß es nicht angeht, die Zolltarifposition „gegebene und gemischt“ Weintrauben, sowie „weinreiches Obst“ geradeso, wie den verarbeiteten Wein zu behandeln, wenn nicht die deutsche Weinfabrikation völlig läuft gelegt werden soll. Es ist deshalb der württembergische Bundesstaat verhältnismäßig angewiesen worden, um beantragen, daß ein neuer ermäßigter Zolltarif für die oben aufgeführte Position eingesetzt werde, und daß überhaupt eine genauere Declaration des fraglichen Begriffs erfolge. Es darf angenommen werden, daß bei dieser Gelegenheit gleichzeitig eine feste Grenze für das Quantum bestimmt werde, bis zu welchem ausländische Weintrauben zollfrei eingehen dürfen. In welchem Maße übrigens der Import ausländischer, besonders ungarischer und österreichischer Trauben zu Zwecken der Weinfabrikation geübt werden, mag daraus hervorgehen, daß die Einfuhr im Jahre 1880 83,000 Ctr., im Jahre 1879 dagegen nur 43,000 Ctr. betragen hat.

Zur Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses zum deutschen Zolltarif.

Unter den deutschen Regierungen schwanken augenblicklich Verhandlungen über eine Revision des amtlichen Waarenverzeichnisses, welches dem Zolltarif von 1879 beigegeben ist; der Bundesstaat wird sich verabschiedlich schon binnen Kurzem mit dieser Frage eingehend zu befassen haben.

Es hat sich herausgestellt, daß die oft ungleichmäßige Auslegung des Tariffs in verschiedenen Staaten und selbst bei Hauptzollämtern desselben Staates

auf die alzu große Eile zurückzuführen ist, mit welcher das Waarenverzeichnis hergestellt worden.

Nicht bloss, daß dieses an erheblichen Stellen leidet,

sondern es enthält vielfach geradezu Widersprüche, welche nicht immer

durch eine milde Praxis behoben werden können. Es liegt denn auch für

die bevorstehende Revision von einzelnen

Firmen-Register.

Eingetragen: Görlich: "A. Kaischinski Nachfolger, Hugo Neumann", Inhaber: Hugo Rudolf Neumann (frühere Firma: "A. Kaischinski"); — "Sächslich u. Hoffmann", Inhaber: Oswald Sperlich und Wilhelm Hoffmann; — Ratibor: "Jacob Schindler" (auf den Kaufmann Julius Schindler übergegangen).

Concurs-Öffnungen.

Über das Vermögen des Schlossmeisters Gustav Heyde zu Alte Neustadt. Concursverwalter: Kaufmann Peters. Termin: 7. Februar. — Über das Vermögen des Kaufmanns B. Simonis zu Driesen. Concursverwalter: Kaufmann Voigt. Termin: 8. Februar. — Über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikbesitzers Adolph Auerbach zu Sorau. Concursverwalter: Kaufmann Hensel. Termin: 25. Januar.

Ausweise.

Paris, 13. Januar. [Bankausweis] Baarborrath Abn. 7,097,000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Jun. 18,259,000, Gesamtborschüsse Abn. 5,171,000, Notenumlauf Jun. 24,764,000, Guthaben des Staatschafes Abn. 7,209,000, Laufende Rechnungen der Privaten Abn. 28,310,000 Frs.

Briefkasten der Expedition.

F. T., Neisse. Gelbebeitrag für Lewin dankend erhalten; Sachen bitten wir jedoch nach Lewin direct zu senden.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 13. Januar. Abgeordnetenhaus. Dritte Lesung des Gesetzes, betreffend das Höherecht in Lauenburg. In der Generaldebatte sucht Schorlemers Alst nachzuweisen, daß die statistischen Angaben des Ministers ein richtiges Bild nicht geben. Der Landwirtschaftsminister sagt: Ich beweise nicht, daß die Zahlen Schorlemers richtig sind, er überseht nur, daß den subhastirten Höfen eine große Zahl neu gebildet gegenübersteht. Ich kann nur bei den Angaben stehenbleiben, welche ich auf Grund des mir übermittelten amtlichen Materials gemacht habe. Der Minister legt die Zahl neu erstandenen Höfe vor, woraus sich ergiebt, daß mehr Höfe entstanden, als eingegangen sind. Eine Verkleinerung des Grundbesitzes hat hauptsächlich ihren Grund im Anwachsen der Bevölkerung. Sämtliche amtliche Nachrichten geben glücklicherweise keinen Anhalt für die Behauptung, daß dort der häusliche Grundbesitz in Verfall geraetet sei. Schorlemers entgegnet, die Vermehrung der Höfe sei im Allgemeinen nur scheinbar, da die Beschaffung der spannähigen Höfe häufig eine Anzahl kleinerer bildet, welche die Bezeichnung „spannähig“ nicht verdienen. In der Specialdebatte werden die Paragraphen 1 bis 4 debattlos genehmigt. Zu § 5 beantragt Windhorst die Einschaltung „Landtagsfähige Rittergüter sind nicht eintragsfähig“. Der Justizminister sagt: Die Regierung hat von vornherein die landtagsfähigen Rittergüter von der Vorlage ausgenommen. Die Aufnahme dieser doch nur rein装饰的 Bestimmung in das Gesetz würde das Zustandekommen derselben gefährden, darum bitte ich um Ablehnung des diesbezüglichen Antrages. Nachdem Windhorst nochmals für seinen Antrag plädiert, wird derselbe angenommen. Die weiteren Paragraphen werden bis zum Schluss unverändert genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des Zuständigkeitsgesetzes. Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung mit der Überschrift der Einleitung und dem zugehörigen Antrag Hänels (Nr. 104) begonnen.

Hänel erklärt, der Entwurf sei für ihn und seine Freunde absolut unannehbar, er empfiehlt seinen Gegenantrag, der zunächst die Übertragung des alten Kompetenzgesetzes auf die neuen Provinzen verhindere und alsdann an dem jetzigen Kompetenzgesetz die unabwendlichen Änderungen vornehmen wolle. Hänel führt dies aus und begründet es im Einzelnen. Nur wer die Organisation der Selbstverwaltung untergraben und das Element abschrecken wolle, könne für den Regierungsentwurf stimmen. Rauchhaupt protestiert gegen die Behauptung, daß durch die Annahme des vorliegenden Gesetzes irgendwie die Selbstverwaltungs-Organisation geschädigt würde. Er weist die einzelnen Ausführungen Hänels als unzureichend und inconsequent gegenüber den bisherigen befuglichen Beschlüssen zurück. Dirichlet tritt den Deductionen Rauchhaupts entgegen. Die bisherigen Selbstverwaltungsgezege seien nicht ein Werk der Fortschrittspartei, sondern des conservativ-nationalliberalen Gemisches. Bitter wendet sich gegen die Ausführungen Hänels. Rickett weist die Verantwortung der Liberalen für die Mängel der Verwaltungsgezege zurück. Die Verantwortung falle vielmehr den Conservativen im Verein mit der conservativen Regierung zu. Die Nationalliberalen hätten allerdings schließlich denselben beigestimmt, wie die Sache aber jetzt liege, könnte er und seine Freunde nicht mitgehen. Rickett plädiert für den Antrag Hänel.

Minister Eulenburg erklärt: Der Antrag Hänels werde zunächst eine große Verzögerung in der Beratung des Gesetzes hervorrufen, wenn er angenommen werden sollte. Als dann müßten nicht allein die Kreis- und Provinzialordnungen, sondern die Organisation der gesammten Behörden einer erneuten Erörterung unterzogen werden. Was das Intratitreten dieses Gesetzes anlange, so solle es ja wie das Organisationsgesetz auch erst wirksam werden, wenn die Kreis- und Provinzialordnungen in den Provinzen eingeführt seien. Daß dies Gesetz einer wesentlichen Grundlage für seine Einführung entbehre, ist thatsächlich nicht zu, denn Kreise würden überall vorhanden sein, oder eine entsprechende Organisation werde mit leichter Mühe hergestellt werden können. Einigen Schwierigkeiten, welche in der Anwendung des Gesetzes befürchtet werden, würden durch die provinzialen Gesetze größtentheils gehoben. Wenn wir hier für ein einheitliches Gesetz eintreten, so ist das nicht eine Fiction, sondern reale Wahrheit. Das Organisationsgesetz und das Verwaltungsgerichtsgesetz würden inhaltlos sein, wenn sie nicht durch dieses Gesetz ergänzt würden. Darum bitte ich um Ablehnung des Antrags. Brikel ist gegen den Antrag und für gründliche Beratung der Vorlage. Bennigsen erklärt sich Namens seiner Freunde gegen den Antrag Hänel; derselbe sei eine Inconsequenz gegenüber der Haltung Hänels und seiner Partei. Die Vorlage enthalte allerdings einige Änderungen gegen das bisherige Kompetenzgesetz, woran einzelne bureaukratische Verschlechterungen seien. Im Allgemeinen beträfen sie jedoch nur Einzelheiten. In einigen Jahren werde es nothwendig werden, sowohl die Complicirungen in den oberen Verwaltungsbüroen, als auch die casuistischen Bestimmungen des Kompetenzgesetzes wieder zu beseitigen. Wir können aber nicht wegen Einzelheiten auf dem beschrittenen Wege stehen bleiben. Wir wünschen, daß die Erfahrungen, welche mit diesen Gesetzen gemacht werden, vom gesammten Lande gemacht werden; darum erklären wir uns gegen den Antrag Hänel. Nach dem Schlusssatz des Referenten Gneiß wird der Antrag Hänel ad 1 abgelehnt. Zu § 1 liegen uns Änderungsanträge von Dirichlet und Kieschke vor. Im Laufe der Debatte zieht Dirichlet seinen Antrag zurück. Der Antrag Kieschke wird abgelehnt. § 1 wird mit großer Majorität in der Fassung der Commission angenommen. Fortsetzung Freitag.

Rom, 13. Jan. Die „Agencia Stefani“ meldet: Ein Circular Comenduros an die griechischen Vertreter im Auslande widerlegt die

Behauptung Barthélémy's, daß den Berliner Beschlüssen kein executive Charakter beigelegen sei.

Girgenti, 12. Jan. Der König und die Königin von Italien sind hier selbst eingetroffen und auf das Enthusiastischste empfangen worden. Auf der Reise von Palermo nach hier wurden denselben überall von der Bevölkerung Ovationen dargebracht.

Paris, 13. Jan. Dem „Rappel“ zufolge wurde der Finanzminister im Juli 800 Millionen prozentige amortisierbare Rente emittieren, bestimmt zur Vollendung des Militärmaterials und großer öffentlicher Arbeiten.

London, 12. Jan. Der Staatssekretär der Colonien Kimberley empfing eine Deputation der Mitglieder der Friedensgesellschaft, welche die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Transvaalandes erbat. Kimberley antwortete unter Hinweis auf die Schwierigkeit der Lage, er könne keine Zusage machen, wenn aber die Boers selbst jetzt den ferneren Widerstand gegen die britischen Truppen aufgeben, wäre irgend ein Arrangement möglich. Die Regierung sei nicht begierig, die Boers zu belagern, sie würde sich glücklich schätzen, den Weg zur Versöhnung zu finden. Gladstone empfing eine Deputation der Regierung wohlgesinnter Irlander, welche auf eine durchgreifende Reform der Agrarverhältnisse Irlands drang. Es verlautet, die Antwort Gladstones stelle die Deputation zufrieden.

London, 13. Jan. Gladstone hütet, leicht erschüttert, das Zimmer. — Die „Times“ meldet aus Durban vom 12. Januar: Die Boers besetzten Christiana.

London, 13. Januar. Der Bank-Discount wurde auf $3\frac{1}{2}$ p.Ct. erhöht.

Brüssel, 13. Jan. Die Kammer nahm den Antrag an, den Zinsfuß der neu zu emittierenden Obligationen der Bankbillets auf 3 p.Ct. festzusetzen.

Petersburg, 13. Jan. Ein kaiserlicher Utaß wurde heute veröffentlicht, wonach von der Reichskasse an die Reichsbank 400 Mill. zu zahlen sind. Hiermit erfolgt die Tilgung der zur Befreiung der Reichsausgaben gemachten Bankschulden. Der Rest der Schuldsumme ist mit 50 Millionen jährlich zu tilgen, die in den Kassen befindlichen Creditibillets sind dementsprechend zu vernichten. Das Reichsbudget für 1881 balancirt in Ausgaben und Einnahmen mit 717,461,609 Rubel.

Petersburg, 13. Januar. Ein officielles Telegramm des Großfürsten Michael über die von Skobelow am 4. Januar vor Geokope ausgeführte Action lautet: Am Morgen des 4. Januar wurde die erste Parallel 800 Schritt von der Haupbefestigung angelegt, worauf sich ein sehr hartnäckiger, blutiger, für uns siegreicher Kampf entspann. Unsererseits fielen General Petrusewitsch, Major Bulligin, die Offiziere Essaul und Iwanow und 19 Soldaten. Verwundet sind 3 Offiziere und 55 Soldaten. Der Feind, verstärkt durch 5000 ausgewählte Truppen aus Merw, kämpfte sehr hartnäckig; allein gegenüber unserem rechten, von General Petrusewitsch commandirten Flügel verloren die Feinde über 300 Todte. Unsere Truppen suchten auf das Täpfchen, die Führung der Offiziere war musterhaft. Die erste Parallel wird verstärkt und befestigt.

Buenos-Ayres, 12. Jan. Nach den letzten Depeschen lagert die peruanische Armee bei Chorillos in der Nähe von Lima. Die chilenische Armee steht gleichfalls in der Nähe von Lima bei Lurin. Lima steht unter dem Schutz der Polizei und der fremden Colonia. (?) Zur Vertheidigung Lima ist außerhalb der Stadt eine große Anzahl von Dynamitminen gelegt.

(Nach Schluss der Revocation eingetroffen.)

Berlin, 13. Jan. Der Kaiser empfängt fortgesetzt in gewohnter Weise die Vorträge, hat aber einer leichten Erkrankung wegen seit zwei Tagen das Zimmer nicht verlassen. — Der Kaiser konfirte gestern Nachmittag eine Stunde mit Bismarck.

Wien, 13. Januar. Die „Presse“ meldet: Die österreichisch-ungarische Zollkonferenz führte im Detail den principiellen Beschluß beider Regierungen, betreffs des Tarifvertrags mit Deutschland durch, unter einfacher Festlegung der beiden autonomen Tarife, jedoch mit Ausschluß aller Positionen, bezüglich deren der Zolltarif eine Änderung in Aussicht genommen hat. Bei den Entwürfen dieser nunmehr an die deutsche Regierung mitzuhellenden Propositionen trat keine Differenz hervor.

Wien, 13. Jan. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus London: Das russische Abkommen ist theilweise auf bereitwilligte bons officiöses des britischen Cabinets zurückzuführen.

Haag, 13. Jan. Die allgemeine niederländische Friedensliga empfahl in einer Zuschrift an Gladstone eine Versöhnungspolitik bezüglich Transvaals.

Rom, 13. Jan. Die „Agencia Stefani“ meldet: Die erwartete Zustimmung Deutschlands zum Antrag Frankreichs auf einen Collectivschiff ist bereits eingetroffen.

Paris, 13. Jan. Die „Agence Havas“ meldet aus Ragusa: Von Sutari werden 14 Bataillone regulärer türkischer Truppen nach Janina abgehen, ebendahin ist auch Derwisch Pascha beordert.

Dublin, 13. Jan. Im Proces Parnell begann das Plaidoyer des Vertheidigers unter großem Andrang.

Konstantinopel, 13. Jan. Die ausgebrogene Ministerkrise ist beigelegt. Der bisherige Generalgouverneur von Adrianopel, Reouf, ist zum Commandanten der Kaisergarde ernannt worden, an Stelle des zum Vorsitzenden der Militärischen Inspektionen-Kommission berufenen Ismail.

(Orig.-Dep. d. Bresl. Bieg.) Liverpool, 13. Januar, Nachm. [Baumwolle.] Umsatz 8000 Ballen. Rubig.

Börsen-Depeschen.

(W. L. B.) London, 13. Jan. [Anfangs-Course.] Consols 98,11, Italiener 86,75, 1873er Russen 91,01. Wetter: Frost.

(W. L. B.) Berlin, 13. Jan. [Schluß-Course.] Fester.

Erste Depesche, 2 Uhr 55 Min.

Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12.
Desterr. Credit-Action 506 50 505 — Wien 2 Monate ... 171 05 171 10
Desterr. Staatsbahn 478 50 478 50 Marzhan 8 Tage ... 212 25 210 70
Lombard. 189 — 177 50 Desterr. Noten ... 172 — 172 10
Schles. Bankverein. 106 — 108 75 Russ. Noten ... 212 65 211 30
Bresl. Disconto-bank. 95,50 95 50 1/2% preuß. Anleihe 105 10 105 50
Bresl. Wechslerbank. 99 30 99 32 1/2% Staats-schuld. 97 40 97 25
Laurahütte. 123 — 123 60 1880er Loose. 123 75 124 —
Wien kurz ... 171 95 171 90 77er Russen. — — —

(W. L. B.) Zweite Depesche, 3 Uhr — Min.

Börsener Pfandbriefe. 99 50 99 50 Galizier. 121 70 122 —

Desterr. Silberrente. 83 60 83 50 London lang. 20 26 —

Desterr. Papierrente. 62 60 62 60 London kurz. 20 37 —

Poln. Lig.-Pfandbr. 56 70 56 70 Paris kurz. 80 55 —

Rum. Eisen.-Obig. — — Deutsche Reichs-Anl. 100 40 100 30

Oberschl. Lüt. A. 199 90 199 70 4% preuß. Consols. 100 50 100 40

Breslau-Freiburger. 110 — 109 70 Orient-Anleihe II. ... 61 — 60 40

R.-D.-U.-St.-Action. 148 — 148 — Orient-Anleihe III. ... 60 70 60 10

R.-D.-U.-St.-Prior. 148 70 — — Donnersmarckshütte. 63 70 63 70

Rheinische. — — Oberholz. Eisenb.-Beb. 49 — 49 90

Griechisch.-Märkische. 114 60 114 — 1880er Russen. 74 40 74 10

Königl. Würdner. — — Neue zum St.-Anl. 93 20 93 20

(W. L. B.) Nachbörse. — — — — —

(W. L. B.) Berlin, 13. Jan. [Schluß-Bericht.]		Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12.	
Weizen. Matt.	Rubb. Flan.	Rubb. Flan.	Rubb. Flan.
April-Mai. 207 75 208 50	April-Mai. 53 60 54 —	April-Mai. 53 60 54 30	April-Mai. 54 80 54 90
Mai-Juni. 208 75 209 50	Mai-Juni. 54 — 54 40	Mai-Juni. 55 80 55 90	
Roggen. Matt.	Spiritus. Rubig.	Spiritus. Rubig.	
Januar. 205 25 206 —	locu. 54 10 54 30	locu. 54 10 54 30	
April-Mai. 197 25 198 50	Jan.-Febr. 54 80 54 90	Jan.-Febr. 54 80 54 90	
Mai-Juni. 193 75 195 —	April-Mai. 55 80 55 90	April-Mai. 55 80 55 90	

(W. L. B.) Stettin, 13. Jan. — Wde — Min.

Cours vom 13. 12. Cours vom 13. 12.

Weizen. Rubig. Rubb. Still.

Frühjahr. 207 50 209 — Januar. 52 50 52 50

Mai-Juni. 208 50 210 — April-Mai. 53 50 53 70

Roggen. Matt. Spiritus.

Frühjahr. 195 50 196 50 Spiritus. 52 60 52 80

Mai-Juni. 192 50 193 — Jan.-Febr. 53 — 53 —

Betroleum. Frühjahr. 105 50 102 25 Spiritus. 72 90 72 95

Mai-Juni. 283 — 282 75 Silberrente. 88 55 88 40

Berein „Breslauer Presse“.

General-Versammlung

Sonnabend, 22. Januar, 8 Uhr Abends, bei Hansen.

Tagesordnung.

1) Rechenschaftsbericht.

2) Vorstandswahl.

3) Allgemeine Feststellung des diesjährigen Vergnügungs-Programms.

VII. deutsches Bundesschießen in München 1881.

Deutsche Schützen!

Die frohen und mächtigen Klänge des Wiener Schützenfestes haben in unseren Bergen einen Widerhall geweckt, München rüstet sich, das siebente deutsche Bundesschießen zu begehen und sind dazu die Tage vom 24. bis 31. Juli festgesetzt.

Wo deutsche Männer sich versammeln zu gemeinschaftlichem Thun, da wird stets auch auf einem der Banner ein herrschender Gedanke leuchten, das geistige Band, das jedem Streben und Unternehmen erst die rechte Weise verleiht.

Krieger umgibt uns, mächtig vor den Nationen Europas steht das deutsche Volk in Wehrkraft und in Einigkeit, entschlossen den Frieden zu wahren und stark genug ihn zu behaupten.

So bereitet sich denn ein Fest vor, wie es stets der Deutschen Stolz gewesen.

Zum ersten Male ist es die Hauptstadt Baierns, welche Euch zu sich einlädt; was Gästen freundliches geboten werden kann, wird München entgegenbringen, vor Allem den Schmuck alles Lebens, der Künste reichen:

festes Mitwirken beim Festzug und auf dem Festplatz, in beiden Sitzen und Eigenart des Landes befindend.

Darum auf und gedeknet unsern Gruß zu erwiedern, mit uns des Schützen-Tüchtigkeit zu bewähren, dort, wo die ehele Bavaria den Siegestrank empordält, in edlem Wettsiege Ihr' und Preis zu erringen!

Seid willkommen aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes, seid uns herzlich willkommen!

München, im December 1880.

Das Central-Comite des VII. deutschen Bundesschießens.

Der Ehren-Präsident:
Ludwig, Prinz von Bayern.

Hauptgewinne 15000 M., Silber-Lotterie 1995 Gewinne in Höhe 10000 M. 5000 M. i. W. von 85500 M. i. W.
der Zool. Garten-Gesellschaft in Hamburg, Zieb. 1. Februar 1881. Lose à 3 M.
(Porto 15 Pf.) im Hauptdebit bei Guttentag & Co., Breslau, Niemerstraße 9.

Gemäldeausstellung, Theodor Lichtenberg.

Im Museum neu aufgestellt: Pichler, München: Der Tod Jacobs, grosses Historienbild. Jos. Hoffmann, Wien: Das alte Athen in fünf Gemälden nach eignen Naturaufnahmen reconstruit.

[1608]

Good night, good morning (Kinderköpfe), in Cabinet-Original-Photogr. 2 Mk., Copien 1 Mk., wiederum vorrätig.

[1609]

Th. Lichtenberg, Kunsthändlung.

Durch den am 11. d. Ms. zu Oberstreich erfolgten Tod des

Herrn Director Mirus

hat die unterzeichnete Handelsgesellschaft einen ihrer bewährtesten Oberbeamten verloren, welcher seit 26 Jahren mit grösster Treue und Umsicht das Granit-Geschäft geleitet hat.

[1658]

Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert.

Ida- und Marienhütte bei Saara, den 12. Januar 1881.

Die Handelsgesellschaft C. Kulmiz.

Breslauer Handlungsdienst-Institut.

Wir erfüllen hierdurch die traurige Pflicht, daß gestern nach längerem Leiden erfolgte Ableben unseres Mitglieders Herrn

Paul Sachs

[1587]

Wir verlassen in dem Verstorbenen den Verlust eines unserer thätigsten, für die Interessen unseres Instituts mit Tiefen wirkenden Vereinsgenossen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Breslau, den 13. Januar 1881.

Der Vorstand.

Beerdigung: Freitag, den 14. d. M., Nachmittags 2 Uhr.

Trauerhaus: Alte Kirchstraße 12 a.

Nach langen, schweren Leiden verschied hier unsere brave, unvergleichliche Frau, Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Henriette Kuzniuky, geb. Brahn, aus Imlau im Alter von 62 Jahren.

[1607]

Dies zeigt schmerzerfüllt an die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Myslowitz, 13. Januar 1881.

Liebich's Etablissement.

Heute: [1604]

Concert

der Tiroler Sänger-Gesellschaft

Ludwig Rainer

u. der Trautmann'schen Capelle

zum Benefiz für Fräulein Therese Prantl.

Anfang 7½ Uhr.

Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passepartout 30 Pf.

Gewähltes Programm.

</div

Zu Ostern finden Pensionärinnen liebvolle Aufnahme u. müttlerliche Pflege bei der verw. Frau Kreisgerichtsrath Stephani, Grünstraße 10.

Auskunft ertheilen: Frau Geheimerat Wolff, Fürststr. 3, Frau Stadtgerichtsrath Gütter, Lauenstraße 28, Herr Gymnasiat Oberlehrer Dittrich, Große Feldstr. 10d. [581]

Pr. Loose 4. Kl. % Orig. 72 M. verl. gegen baar ob. Postausfrag J. Falkenburger, Bieenthalerstr. 14, Berlin. [418]

Pr. Lott.-Loose, 4. Kl., Orig. 1/12, Anheil 1/12, 30, 1/16, 15, 1/2, 8, 1/4 M. empf. das 1. u. älteste Lott. Cpt. v. Schere, Berlin, Friedrichstr. 59.

Capitalien, 4 1/2 und 5 v. Et., zu vergeben C. Peisker, Gartenstr. 30b.

Ausgefallene Hypotheken u. sonstige Forderungen werden zu kostengünstiger Einziehung übernommen, ebenso gelauft. Offerten L. M. 50 hauptpostlagernd. [1591]

1000 Mark gegen völlige Sicherheit gesucht. Gefällige Adressen sub F. 58 erb. an die Exped. d. Bresl. Btg. [664]

22,000 Mark werden zur ersten Hypothek auf ein Grundstück gesucht, geräumliche Tore 46,700 Mark. Offerten unter B. S. 56 Bresl. d. Bresl. Btg. Agenten verb.

Bekanntmachung. Zum freibändigen Verkauf außer der Auktion offere ich zu Tax. resp. festen Limitpreisen [1597]

Zwingerstraße Nr. 24, 1. Etage,

2 elegante Salongärtchen mit geschicktem und geschweiftem Verzierung, Trumeau, und Buffet, Nollureaux, Toilettens, Patent-Ausziehtisch mit 6 Stühlen, Schränke, Bettstücken mit Matr. u. Kissen, Walz- und Nachttische, 1 Toilettentruhe, 1 Divan, 11. Canapés, Leppiche, Regulatoren u. Stuhlhünen, 30 Stück Delgemälde und Oeldrucke, 1 l. Plüschnopha, 1 Marmor-Sophatisch mit Tabag-Gestell, 1 mah. eleg. Kinderbettstühle; ferner:

1 eich. geschnitztes Sopha, 2 Faute, 6 Polsterstühle ohne Bezug,

sowie

1 nussb., antik geschnitzte Polstergarnitur mit Lederbezug;

als auch:

Kirschbaum- u. erlene Möbel, 1 gute

fast neue Nähmaschine mit Nussb.

Beschluß, 4 Doppelpulte, Schreib-

decken, 2 Herrenpelze, 1 Damen-

pelz u. c.

Gef. Offerten erbeten unter Chiffre F. 53 an die Exped. der Bresl. Btg.

G. Hausfelder, Königl. Auct.-Commissar,

Zwingerstraße 24 I.

Mein in günstiger Lage und gutem Gang befindliches Modewaren- und Tuchgeschäft steht sofort zu verkaufen wegen anderer Unternehmungen sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. [1534]

Krappis.

G. Commiss.

Gutsverkauf.

Ich beabsichtige mein Freigut, in der unmittelbaren Nähe des Industriebezirks Oberschlesiens belegen, 330 Morgen groß, wovon circa 80 Morgen meistens Rieselwiesen, ertragreicher und in sehr gutem Dünungsstande befindlicher Boden, Felsenverhältnisse halber bei Anzahlung von 18,000 Mark für den festen Preis von 60,000 Mark sofort zu verkaufen. Hypotheken auf lange Jahre fest. Anfragen unter D. E. 54 befördert die Exped. d. Bresl. Btg. Zur Dismembration sehr geeignet.

Gasthofverkauf.

Wegen Todesfalls des Besitzers werde ich Montag, den 31. Januar d. J., den auf der biesigen Greizburger Vorstadt belegenen Gasthof, in welchem seit vielen Jahren eine Schankwirtschaft mit bestem Erfolge betrieben worden ist, mit Brauerei, Stallungen, grosem Hofraum und angrenzendem Garten, im Schanklokal dieses Hauses aus freier Hand meistbietend verkaufen. Sämmliche Gebäude sind massiv. Anzahlung 9000,00, welche bei Uebernahme am 1. März d. J. zu zahlen sind. Hieraus reflectirende haben im Termine eine Bietungscouleur von Mt. 300 zu hinterlegen.

Nähere Auskunft ertheilt Unterzeichner. [1496]

Constadt, im Januar 1881.

G. Müller, im Namen der Erben.

Reelles Kaufgesuch.

Ein laufmännisch gut geführtes, lucratives [1558]

Colonialwaren-, Cigarren-, Wein- und Spirituosen-Geschäft,

welches nachweislich einer jährlichen Umlauf von mindestens 70,000 Mark erzielt und in einer Provinzialstadt mit Garnison gelegen ist, wird vertraglich oder 1. April a. c. mit oder ohne Grundstück zu kaufen gesucht.

Dem Suchenden stehen 20,000 Mark zur Verfügung.

Reelle Selbstveräußerer (Vermittler verbeten) belieben ausführliche Mitteilungen sub H. 2128 an Haferstein & Vogler in Breslau zu senden.

Gesuchtes Kaufgesuch.

Ein Destillations-Engros-Geschäft in

einer größeren Provinzialstadt Schlesiens ist nur für die Einrichtung, Fastagen, Apparate ic., wegen plötzlich eingetretenen Todesfalls in der Familie, zu verkaufen für baar, und können die Locale weiter in Mietebleiben. [1569]

Gef. Offerten erbeten unter Chiffre F. 53 an die Exped. der Bresl. Btg.

Geschlechts-

Krankheiten, speciell Syphilis, Haut-,

Harn- und Blasenleiden (Flechten),

sowie Schwächezustände u. Frauenkrankheiten, auch die verzweifeltesten Fälle, heißt kriecht mit sicherem Erfolg d. i. Ausland approb. Dr. med. Harmuth, Berlin, Commandantenstraße 30. — Erfolge zu lausenden einzusehen, wo andere Hilfe vergeblich.

R. O. U. Eisenb.

abzugeben à Anfer. M. 120, à Pfd. 2 M.

E. Neukirch,

Nicolaistraße 59 in Breslau.

Bank-Aktien.

Bresl. Discontob. 4 5/2 96,00 B

do. Wechsel-B. 4 6 98,50 Bz

do. Reichsbank. 4 1/2 5 106,75 Bz

do. Bodencred. 4 7 110,50 G

Oesterr. Credit 4 11 1/2 —

Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Freiburger 4 99,15 G

do. 4 1/2 102,60 B

do. Lit. G. 4 1/2 102,60 B

do. Lit. H. 4 1/2 102,50 Bz

do. Lit. J. 4 1/2 102,60 Bz

do. Lit. K. 4 1/2 102,65 B

do. 1876 5 105,50 G

do. 1879 5 105,25 elbzB

Inländische Eisenbahn-Prioritäts-Actionen.

Br. Warsch. Pr. 5 —

Oberschl. Lit. E. 3 1/2 91,75 B

do. Lit. C. 4 1/2 102,60 B

do. Lit. D. 4 1/2 102,60 B

do. Lit. E. 4 1/2 102,60 B

do. Lit. F. 4 1/2 103,50 B

do. Lit. G. 4 1/2 103,10 G

do. Lit. H. 4 1/2 103,70 BzB

do. Lit. I. 4 1/2 103,25 B

do. 1879 4 1/2 104,65 Bz

do. N. S. Zwg. 3 1/2 —

do. Neisse-B. 4 1/2 —

do. Wilh. 1880 4 1/2 103,65 B

R. O.-S. Eisenb. 4 1/2 103,60 G

Oels-Gnes. Prior 4 1/2 99,00 B

Wechsel-Course vom 12. Januar.

Amsterd. 100 Fl. 3 kS. 116,85 B

— 65bzB do. do. 3 2M. 167,75 G

London 1L Strl. 3 kS. 20,35 B

— 4,50bz do. do. 3 M. 20,245 B

Paris 100 Frs. 3 1/2 kS. 80,45 bzG

— 90bzB do. do. 3 2M. —

Petersburg . . . 6 3W. 210,25 bz

Warsch. 100 S.R. 8T. 171,70 G

Wien 100 Fl. 4 kS. 170,50 G

Rumän. Oblig. 6 93,35a40 bzG ult. 93,25a

Bank-Discont 4%. — Lombard-Zinsfuss 5%.

Schlittschuhe

sehr billig Herrenstraße 25. [662]

Ein Ausstellungs-Schrank, schöner, freistehend zu benutzen, ist preiswert zu verl. Berlin SW. Friedrichstraße 48 bei Hermann Sachs. [1598]

Ein eleganter, wenig gebrauchter Schlitten, ein- und zweisitzig, auch für Ponny geeignet, steht zum Verkauf bei [1606]

C. Rosekki, Trachenberg.

Gasthofverkauf.

Wegen Todesfalls des Besitzers werde ich Montag, den 31. Januar d. J., den auf der biesigen Greizburger Vorstadt belegenen Gasthof, in welchem seit vielen Jahren eine Schankwirtschaft mit bestem Erfolge betrieben worden ist, mit Brauerei, Stallungen, grosem Hofraum und angrenzendem Garten, im Schanklokal dieses Hauses aus freier Hand meistbietend verkaufen. Sämmliche Gebäude sind

massiv. Anzahlung 9000,00, welche bei Uebernahme am 1. März d. J. zu zahlen sind. Hieraus reflectirende haben im Termine eine Bietungscouleur von Mt. 300 zu hinterlegen.

Nähere Auskunft ertheilt Unterzeichner. [1496]

Constadt, im Januar 1881.

G. Müller, im Namen der Erben.

Reelles Kaufgesuch.

Ein laufmännisch gut geführtes, lucratives [1558]

Colonialwaren-, Cigarren-, Wein- und Spirituosen-Geschäft,

welches nachweislich einer jährlichen

Umfah von mindestens 70,000 Mark

erzielt und in einer Provinzialstadt mit Garnison gelegen ist, wird vertraglich oder 1. April a. c. mit oder ohne Grundstück zu kaufen gesucht.

Dem Suchenden stehen 20,000 Mark zur Verfügung.

Reelle Selbstveräußerer (Vermittler verbeten) belieben ausführliche Mitteilungen sub H. 2128 an Haferstein & Vogler in Breslau zu senden.

Gesuchtes Kaufgesuch.

Ein Destillations-Engros-Geschäft in

einer größeren Provinzialstadt Schlesiens ist nur für die Einrich-

tung, Fastagen, Apparate ic., wegen

plötzlich eingetretenen Todesfalls in

der Familie, zu verkaufen für baar,

und können die Locale weiter in

Mietebleiben. [1569]

Gef. Offerten erbeten unter Chiffre F. 53 an die Exped. der Bresl. Btg.

Geschlechts-

Krankheiten, speciell Syphilis, Haut-,

Harn- und Blasenleiden (Flechten),

sowie Schwächezustände u. Frauenkrankheiten, auch die verzweifeltesten

Fälle, heißt kriecht mit sicherem Erfolg d. i. Ausland approb. Dr. med.

Harmuth, Berlin, Commandanten-

straße 30. — Erfolge zu lausenden

einzusehen, wo andere Hilfe vergeblich.

R. O. U. Eisen